Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 253. Montag, den 28. Oktober 1918. 25. Jahrg.

Die neue Note an Wilson.

Greift die Reaktion zur Gewalt?

In sensationellster Form kündigte die Presse der Reaktion Freitag abend an, die Reichsleitung werde Sonnabend dem Reichstag Verfassungsänderungen unterbreiten, durch welche die Oberste Kommandogewalt des Kaisers auf die Zivilregierung übergeht. Das sei die Kapitulation vor Wilson; der einheitliche militärische Wille solle zertrümmert und durch die Vielköpfigkeit der Zivilregierung ersetzt werden. Eine Regierung, die sich in der schwersten Not des Landes zu solchen Schritten entschließe, könne nicht mehr an die Möglichkeit einer nationalen Verteidigung denken. Sie wisse ganz genau, daß einer unter dem Oberbefehl des Kaisers stehenden Armee der Gewaltfriede, die Schmach nicht zugemutet werden könne, den Wilson uns ansinne. Darum wolle diese Regierung zuerst das Heer zerstören, um dann desto ungestörter vor dem Feinde kapitulieren zu können. In Sperrdruck erklärt ein süddeutsches Blatt: „Wissenswert wäre es, wie die leitenden Militärs zu der Absicht der Regierung stehen.“ Und ein anderes Reaktions- und Eroberer-blatt, das Mundstück des Grafen Reventlow, schreit mit brüllenden Lettern: „Hindenburg und Ludendorff sollen den Befehlen von Scheidemann und Erzberger unterstellt werden. Die letzte Schmach!“

Mit dieser Hetze fällt zusammen ein wüstes Aufpeitschen aller nationalistischer Instinkte gegen die Wilsonnote, deren Inhalt mutwillig entstellt wird. Ein Aufruf der konservativen Partei behauptet, Wilson fordere die bedingungslose Kapitulation, die Entthronung des Kaisers, die Entlassung unserer Heerführer und die volle Unterwerfung unter einen Gewaltfrieden; Deutschland solle zuerst entehrt und wehrlos gemacht, dann vernichtet werden. In diesem Tone heult die ganze Presse der Reaktion mit.

Wir können nicht in Wilsons Herz lesen und wissen nicht, was er vor hat. In seiner Note steht nichts von dem, was die Junker darin lesen.

Wilson fordert nicht die Kapitulation, sondern sagt nur, die Ententevölker würden den Krieg bis zur deutschen Kapitulation fortsetzen, wenn sie nicht die Möglichkeit hätten, mit einer ehrlich verfassungsmäßigen Vertretung des deutschen Volkes die Friedensbedingungen zu vereinbaren. Wilson fordert nicht die Entthronung des Kaisers und die Entlassung unserer Heerführer; er verlangt vielmehr nur, daß alle tatsächliche Macht in Dingen des deutschen Staates auf die dem Volke verantwortliche Zivilregierung übergeht. Wilson und seine Verbündeten wollen sich nicht der Gefahr aussetzen, daß bei den Friedensverhandlungen wieder ein Militär als Vertreter der Obersten Heeresleitung auf den Tisch haut. Das konnten wir uns als Sieger gestatten — ob es gut war, steht dahin — gegenwärtig und für die Zukunft muß das ausgeschlossen sein. Ebensowenig will Wilson die Friedensverhandlungen und die Einhaltung der Friedensbedingungen durch unverantwortliche Plötzlichkeiten des persönlichen Regiments stören lassen. Irgendeine Entehrung liegt darin für Deutschland nicht, sondern nur die selbstverständliche Fortführung der demokratischen Reform, die längst geplant war und auch ohne Wilson gekommen wäre.

Wie frech die Junkerpresse lügt, geht daraus hervor, daß die „Kreuzzeitung“ in ihrem Leitartikel vom Dienstag abend die unmittelbar bevorstehende Durchführung dieser Verfassungsreformen selbst angekündigt hat. Wir lesen dort:

„Zunächst sollen schleunigst noch folgende Aenderungen der Verfassung vorgenommen werden: . . . Aufhebung der unbeschränkten Kommandogewalt des Kaisers. Zu diesem Punkte sind in Aussicht genommen Eidesleistung der Mannschaften und Offiziere auch auf die Verfassung, Unterstellung des Militärkabinetts unter das Kriegsministerium, Verantwortlichkeit des Kriegsministers als Staatssekretär des Heeres gegenüber dem Reichskanzler. Unterstellung des großen Generalstabes unter den Reichskanzler . . . Wahrscheinlich wird dieses famose Programm der neuen Regierung zunächst in den rühmlichst bekannten Verfassungsausschuß wandern und dort sicher noch eine Erweiterung erfahren.“

Das wußte die „Kreuzzeitung“, ehe irgend ein Mensch etwas vom Inhalt der Wilsonschen Antwort ahnte. Das schrieb sie am Dienstag abend, und Mittwoch früh traf Wilsons Note ein. Und jetzt sollen diese längst beschlossenen Verfassungsänderungen eine schmachvolle, ehrlose Kapitulation vor Wilson darstellen!? Auf solche Verdrehungen fällt das deutsche Volk nicht herein.

Wozu aber dient jetzt der ganze junkerliche Entrüstungstrummel? Zu nichts anderem als dazu, der jungen parlamentarisch-dmokratischen Regierung eine entscheidende Niederlage beizubringen. Man will ihr aussichtsreiches Friedenswerk mit Gewalt zerstören und dadurch der deutschen Demokratie einen vernichtenden Schlag versetzen. Die Junker drapieren sich als nationale Volkspartei. Sie nehmen plötzlich das gleiche Wahlrecht ohne Widerstand an, beantragen die Verdopplung der Mannschaftslöhnung und, morgen vielleicht die Herabsetzung der Kartoffel- und Getreide-Höchstpreise. Nur eines wollen sie angeblich: Deutschland soll jetzt nicht Frieden schließen, sondern um seiner Ehre und Zukunft willen die nationale Verteidigung organisieren bis zum Aeußersten.

Zu spät! Wir glauben dieser reaktionären Gesellschaft kein Wort. Wollten sie nationale Opfer für Deutschland bringen, z. B. in der Wahlrechtsfrage, mußten sie es vor einem Jahr, vor einem halben Jahr tun. Jetzt machen sie auf keinen Menschen mehr Eindruck damit. Und wie steht es mit der Friedensfrage?

Haase hat im Reichstag erzählt, das Gesuch um Waffenstillstand und Frieden sei nicht von der neuen Regierung ausgegangen, sondern von Ludendorff und Hindenburg, die schon Hertling veranlaßt hatten, einen Entwurf zu der Note an Wilson aufzusetzen. Payer hat diese Darstellung als einseitig zurückgewiesen. Aber es steht vollkommen fest — Noske hat es bekräftigt — daß die Mehrheitsparteien seit langem darüber berieten, welche neue Aktion für den Frieden möglich sei, daß aber der Zeitpunkt des Friedensschrittes und die Einfügung der Bitte um sofortigen Waffenstillstand durch die Oberste Heeresleitung bestimmt wurde. Seither scheint bei den Militärs der Wind umgeschlagen zu sein. Man ist wieder einmal recht erfreulich zuversichtlich, nachdem der Rückzug ohne große Opfer geglückt ist und macht sich stark für die Fortsetzung des Krieges. Aber das deutsche Volk und die Mehrheitsregierung denken nicht daran, ihre Politik nach den jeweiligen Launen im Großen Hauptquartier zu ändern. Wir haben genug unter den Plötzlichkeiten des Kaiserlichen Regiments gelitten. Wir verzichten darauf, die deutsche Volkssache weiter durch die Augenblickseinfälle des persönlichen Regiments im Hauptquartier schädigen zu lassen. Se soumettre ou se demettre (sich unterwerfen oder sich entfernen), so steht die Frage für die Herren im Hauptquartier. Entweder sie werden treue Diener der neuen Volksregierung oder Deutschland wird ohne sie und auch mit ihnen fertig. Vielleicht empfiehlt es sich für gewisse Herren, die Geschichte vom Zug des Generals Kornilow nach Petersburg zu lesen. In Deutschland käme ein Aufruhrversuch gegen die Volksregierung nicht über den ersten Tagesmarsch hinaus. Wer mit solchen Gedanken spielt, soll sich klarmachen, daß dergleichen das deutsche Heer nicht mitmacht.

Auch der Kaiser muß sich entscheiden, ob er mit der Volksregierung oder mit der aufrührerischen Vendee gehen will; seine Wahl wird auch über sein Schicksal entscheiden.

Die Regierung kann auf Wilsons Note nichts anderes antworten, als daß sie die Waffenstillstandsbedingungen zu erfahren wünscht und daß die neue Regierung alle tatsächliche Staatsgewalt in sich verkörpert, unabhängig von Kaiserismus und Militarismus. Weh dem, der jetzt noch an dieser Tatsache zu rütteln versuchte! Er würde nur sich selbst ins Unglück stürzen. Wir können keine Politik mehr brauchen, die von Tag zu Tag schwankt zwischen himmelhochjauchzend und zu Tode betrübt. Wir brauchen eine feste klare Friedenspolitik, getrieben und verantwortet nur von den Vertrauensmännern des Reichstags in der Regierung.

Dies ist die Losung der Stunde: alle Macht der Volksregierung! Wer sich ihr mit Gewalt entgegenstellt, wird zerschmettert.

WTB. Berlin, 27. Oktober. Amtlich.

Die deutsche Antwortnote hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat von der Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten Kenntnis genommen.

Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt.

Die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat.

(gez.) Solf, Staatssekretär des Auswärtigen.

Kurz und bündig ist diese Antwortnote abgefaßt. Es wäre auch zwecklos gewesen, in längeren Ausführungen auf die letzte Note Wilsons einzugehen. Die deutsche Antwort bringt zum Ausdruck, daß die deutsche Regierung nunmehr **den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegensieht.**

Jetzt müssen Wilson und die Entente damit herausrücken, was sie wollen. Wenn Wilson wirklich ernst genommen werden, wenn er nicht der Mit- und Nachwelt gegenüber als ein großer Heuchler dastehen will, dann muß er jetzt auf die Alliierten in dem Sinne einwirken, daß von der Entente Waffenstillstandsbedingungen gestellt werden, die einen Frieden der Gerechtigkeit ermöglichen. Er muß hierbei sicherlich manchen Widerstand überwinden. Die französische Regierungspresse versichert nämlich, daß die Waffenstillstandsbedingungen der Entente bereits festgelegt sind und daß sie **Deutschland vor die Wahl stellen, bedingungslos zu kapitulieren oder den Krieg fortzusetzen.** „Petit Parisien“ versichert, daß die militärischen Vertreter der Entente die Bedingungen des Waffenstillstandes bereits während der letzten Woche vereinbart haben. In der Presse der äußersten Linken wird die Regierung aufgefordert, Klarheit in die gegenwärtige Situation zu bringen durch ein **offenes Bekenntnis zu den 14 Punkten Wilsons.** In der „Humanite“ erklärt der sozialistische Abgeordnete Cachin, daß Wilson durch seine Handlungsweise heute seinen Verbündeten die nämliche Frage stelle, die die Sozialisten am letzten Mittwoch Clemenceau unterbreiteten, nämlich, ob sie die Friedensbedingungen Wilsons unterschreiben. Die Antwort müsse jetzt schnell erfolgen, und es wäre ein Unglück, wenn die englische und die französische Regierung die Antwort schuldig blieben.

Die Entscheidung muß in allernächster Zeit fallen. Wie sie ausfallen wird, kann heute noch nicht gesagt werden. Wir müssen ihr in Ruhe entgegensehen und uns dann über die weiteren Schritte klar werden.

Ludendorffs Abmarsch.

Amtlich wird aus Berlin vom Sonnabend gemeldet:

Seine Majestät der Kaiser und König haben den General der Infanterie Ludendorff, Ersten Generalquartiermeister, im Frieden Kommandant der 85. Infanterie-Brigade, heute in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt. Gleichzeitig haben Seine Majestät mit einer königlichen Order an den General zu bestimmen geruht, daß das niederrheinische Füsilier-Regiment Nr. 93, dessen Chef der General bereits seit längerer Zeit ist, fortan den Namen „General Ludendorff“ führen soll.

Ludendorff, dessen militärische Fähigkeiten von uns nicht angezweifelt werden sollen, ist auch ein Opfer der neuen Zeit geworden. In dem Moment, wo der Militärautokratie in Deutschland die Flügel derart gestutzt wurden, daß sie nur noch ein hilfloses Ding ist, hatte auch Ludendorffs Stunde geschlagen. Denn er war ein Militärautokrat im wahrsten Sinne des Wortes, ein kleiner Napoleon, der alles machen wollte. In alle Dinge steckte er seine Nase hinein. Er brachte Bethmann-Hollweg, Kühlmann und Valentini zu Fall und war ein Vertreter der schärfsten Tonart. Ihm ist auch der unbeschränkte U-Boot-Krieg mit zu verdanken.

Von zahllosen Beispielen, die man für die vielseitigen, und dabei einseitigen, Bemühungen Ludendorffs anführen könnte, sei, nach dem „B. T.“, nur ein, bisher unbekanntes, erwähnt. Als der Berliner Streik ausgebrochen und beendet war, dieß die Oberste Heeresleitung, also Ludendorff, ein Schreiben an die Regierung ergehen. In diesem Schreiben wurde erklärt, die **Gewerkschaften** — deren Haltung so viel zur schnellen Beilegung des Ausstandes beigetragen hatte — **wären ganz ohnmächtig und hätten versagt.** Man solle sie vor bestimmte Fragen stellen, und sie würden dann entweder ihre Einflußlosigkeit zeigen, oder jeden Anspruch auf die Rücksichten verlieren, mit denen sie bisher behandelt worden seien. Es wurde empfohlen, die **christlichen Gewerkschaften** und die **Hirsch-Dunckerschen** in **einem Kartell zu vereinigen, um sie den freien Gewerkschaften entgegenzustellen.** Der Verfasser schien die Unmöglichkeit und die Schädlichkeit seines Projektes nicht im entferntesten einzusehen. Ein Brief des Kriegsministers v. Stein war beigefügt. Der Herr Kriegsminister empfahl, **alle an einem Streik beteiligten Abgeordneten einfach zu verhaften,** ganz gleich, ob die Verfassung das verbiete oder nicht.

Es ist ja ganz interessant, jetzt etwas Weiteres über Ludendorff und nebenbei auch über Stein zu erfahren. Herr

Letztere wollte also selbst vor einem Staatsstreich nicht zurückschrecken. Es ist ein großes Glück für Deutschland, daß solche Herrschaften jetzt gegangen werden.

Was der Krieg bringt.

Die deutschen Heeresberichte.

WTB. Großes Hauptquartier, 27. Oktbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern keine besonderen Kampfhandlungen. Der Feind setzte die Zerstörung der belgischen Ortschaften hinter der Front fort. Die in Otegem und in Ingoisigem bei Beschießung durch Handgranaten in die Keller geflüchtete Bevölkerung kam zum großen Teil um. Südlich der Schelde wiesen wir starke feindliche Angriffe zwischen Famas und Aires im Gegenstoß ab. In Teilangriffen drang der Gegner in Inglefontain und Hecque ein. Aus Hecque wurde er im Gegenstoß wieder vertrieben.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Von der Oise bis zur Aisne setzte der Franzose seine Angriffe fort. Beiderseits von Origny schlugen wir sie vor unseren Linien ab. Der Gegner, der bei Pleine Selve in unsere Stellung eindrang, wurde auf der Höhe nordöstlich des Ortes aufgefangen. Seine Versuche, von hier aus durch Angriffe in nördlicher Richtung unsere Front an der Oise zum Fallen zu bringen, sind unter schwersten Verlusten für den Feind gescheitert. Origny und die Höhe südöstlich davon wurden behauptet. Zahlreiche Panzerwagen des Feindes wurden zerstört. Die Batterie des Leutnants Meyhöfer vom Reserve-Feldartillerie-Regiment Nr. 1 und Leutnant Zuppke vom Feldartillerie-Regiment Nr. 37 sowie Leutnant Otto vom Infanterie-Regiment Nr. 445 hatten dabei hervorragenden Anteil. Am Serre-Abschnitt blieben feindliche Vorstöße aus Mortieres heraus vor unseren Linien liegen. Heftige Angriffe gegen den Souche-Abschnitt zwischen Froidmont und Pierrepont wurden von posenschen und württembergischen Regimentern abgewiesen. Gegen Abend schlugen das Füsilier-Regiment Nr. 87, das Grenadier-Regiment Nr. 119 und das Infanterie-Regiment Nr. 121 hier erneut mit großer Kraft vorbrechende Angriffe des Feindes zurück. Beiderseits von Sissonne blieb die feindliche Infanterie gestern untätig. Auf den Höhen westlich der Aisne stieß ein eigener örtlicher Gegenangriff gegen den Sachsenwald mit starken Angriffen zusammen, die der Feind mit weitgesteckten Zielen zwischen Rizy le Comte und der Aisne angesetzt hatte. Schon beim Ueberschreiten der Höhe nordwestlich von Rizy le Comte erlitt der Feind in unserem Artilleriefeuer schwere Verluste. Hier sowie westlich von Vaucoque sind die Angriffe des Gegners völlig gescheitert. In dem schluchtenreichen und dichtbewaldeten Gelände westlich der Aisne dauerten erbitterte Kämpfe tagsüber an; bis zum Abend wurden sie zu unsern Gunsten entschieden. Sie fanden etwa an der Straße Vaucoque Chateau Porcien und bei Herpy ihren Abschluß.

An der Aisne-Front und bei der

Heeresgruppe Gallwitz

beiderseits der Maas keine größeren Kampfhandlungen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Bewegungen in rückwärtige Linien verlaufen planmäßig. In erfolgreichen Abwehrkämpfen bei Kragujevac und Jagodina sicherten Nachhuten den Abmarsch unserer Hauptstreitkräfte.

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres.

*

WTB. Berlin, 27. Oktober, abends. (Amtlich.)

Der Tag verlief ohne größere Kampfhandlungen.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

WTB. Wien, 27. Oktober. Amtlich.)

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden unternahm gestern der Feind wieder eine Reihe stärkerer Teilvorstöße, die all im Nahkampf oder im Gegenangriff abgeschlagen wurden. Weitere Angriffsversuche scheiterten schon in unserem Abwehrfeuer. Der Feind erlitt große Verluste.

In dem Gebirge östlich der Brenta dauert die Schlacht in unveränderter Heftigkeit an. Den ganzen Tag über tobte der Kampf. Im Bereiche des Col Caprile büßte der Feind zeitweilig errungene Vorteile durch unsere Gegenstöße vollständig wieder ein. Den Malone nahm nach erbittertem Ringen die 4. Division im Sturmschritt. Unsere gegen den Pertica angesetzten Bataillone gelangten in den Abendstunden bis an den Fuß der Kuppe. In der Nacht fiel auch diese in unsere Hand. Wiederholte Versuche der Italiener, sich in der Gegend der Fontane Secca auszubreiten, blieben trotz dem Aufgebot starker Infanterie und Artillerie vergebens. Auch an den Hängen des Monte Spinucha bereitete die Standhaftigkeit unserer Braven den feindlichen Angriffen das gleiche Schicksal, wie an den vergangenen Tagen.

Die Leistungen unserer Truppen stehen gegenüber den größten Waffentaten früherer Schlachten nicht zurück. Möchten alle unserer Völker, deren Wohl und Wehe heute ohne Unterschied von den Ereignissen an der Front abhängt, den Braven hierfür gebührend Dank wissen.

An der Piave dauerte gestern der Artilleriekampf fort. In der Nacht setzte beiderseits des Montello ein großangelegter Angriff der Entente ein. An den Punkten, an denen der Feind das linke Ufer zu betreten vermochte, wird erbittert gekämpft.

Balkan-Kriegsschauplatz.

In Serbien gehen unsere Bewegungen planmäßig von statten. Kragujevac wurde unter Nachhutkämpfen dem Feinde überlassen.

In Albanien keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Der Bukarester Frieden bröckelt ab.

„Gazette de Lausanne" veröffentlichte ein Telegramm aus Paris, laut dem unter Leitung der Ententemächte zwischen Rumänien und Bulgarien Unterhandlungen für eine endgültige Regelung der Dobrudschafrage begonnen haben. Die Bulgaren hatten den Rumänen das Recht zuerkannt, einen direkten Ausgang zum Meere zu haben.

Hierzu schreibt „Lumina": Diese Nachricht des Blattes, dessen Beziehungen zur französischen Regierung bekannt sind, wird bei uns sicherlich den größten Eindruck machen. Sie bestätigt alle unsere Befürchtungen. Während die Entente Bulgarien zur Räumung des serbischen und griechischen Gebietes nötigte, weil sie es für angezeigt, uns mit den Bulgaren über das Gebiet unterhandeln zu lassen, dessen Unversehrtheit sie uns verbürgt hatte. Köstlich ist ferner, daß unter dem Schutz der Entente, das ist unserer Alliierten, an deren Seite wir den Krieg führten, die Bulgaren uns das Recht zuerkennen, einen Ausgang zum Meere zu haben. „Renaszera" bemerkt zur gleichen Meldung: Wir wissen nicht, was für Unterhandlungen unsere Regierung mit der bulgarischen Regierung begonnen hat. Wir stellen nur fest, daß heute, statt von der von allen Faktoren der Entente feierlich verkündigten „Unversehrtheit des rumänischen Gebietes" von der „endgültigen Regelung der Dobrudschafrage" die Rede ist, eine Frage, von der wir berechtigt waren zu glauben, daß sie für die Alliierten Rumäniens nicht mehr besteht.

Verwunderung ändert nichts an der Tatsache, daß Bulgarien seinen alten Rivalen Rumänien nunmehr bei der Entente ausgestochen hat.

Branting für die sofortige Einberufung einer internationalen Sozialistenkonferenz.

In dem Blatt „Sozialdemokraten" teilt Branting mit, daß er an Troelstra telegraphierte, ob nicht unmittelbare Vorbereitungen getroffen werden könnten, die internationale sozialistische Konferenz jetzt einzuberufen. Es sei die Zeit, daß die Arbeiterklasse hervortrete und ihr schwerwiegendes Wort für den Frieden des Rechts und der Demokratie in die Wagschale lege.

Die Pariser Beratungen über den Waffenstillstand.

Oberst House, der persönliche Vertreter des Präsidenten Wilson, und Admiral Benson, der Chef der Seestreitkräfte, welche in Paris angekommen sind, werden die Vereinigten Staaten bei der Beschlußfassung über das deutsche Gesuch um Waffenstillstand und die Einleitung von Friedensverhandlungen vertreten.

Eine Rede Clemenceaus.

„Im Siege birgt sich die Gefahr, den Sieg zu mißbrauchen, im Widerstand gegen Mißgeschick stärken sich die Seelen. Jeder Mächtige muß die Pflicht empfinden, in den großen Kampf um die moralische Vorherrschaft einzugreifen, die allein den Frieden bringen kann! Zu diesem edlen Wetteifer bringen wir alle die guten Willenskräfte eines Volkes und einer Regierung mit, die sich zu einer großen Aufgabe vereinen: zur Erzeugung einer würdigen und mächtigen Demokratie. Wir alle haben das Bedürfnis nach Frieden. Wir verlangen Achtung für unsere Verträge, für unsere Empfindungen, weil wir die Verträge, die Empfindungen anderer loyal respektieren. Das Land hat ein furchtbares Schicksal überstanden; um es in seine alte Würde wieder einzusetzen, brauchen wir aber weder zu hassen noch zu heucheln.

Wir richten unsere Blicke ruhig in die Zukunft. Alle Völker haben gleich uns den Stolz der Siege und die Schmach der Niederlagen gefühlt. Vielleicht erwächst aus der Erinnerung an die gemeinsamen Leiden weit eher der Gedanke an das gemeinsame große Vaterland der Welt, als aus dem Gedanken an Tage des Triumphes.

Söhne einer großen Geschichte! Wir dürfen ruhig die Nachkommen jenes Volkes betrachten, das seit Jahrhunderten mit uns um den Preis der Siege auf blutigen Feldern gestritten hat. Zwei große Völker, die miteinander ringen, haben das gleiche Interesse, einander mit Achtung zu behandeln, weil dieser Wettkampf jedem von ihnen zur Ehre gereicht!"

Die Rede, in der diese Sätze gesprochen wurden, ist leider nicht dieser Tage, sondern schon am 11. Februar 1908 in Paris in der Halle des Luxemburg-Palastes gehalten worden. Die Gelegenheit gab die Gedenkfeier für den edlen Scheurer-Kestner, dessen von Dalou geformte Stele eingeweiht wurde. Der Redner hieß Georges Clemenceau, damals wie heute Ministerpräsident der französischen Republik.

Der Kampf der französischen Sozialisten gegen den Chauvinismus.

Longuet schreibt in der „Humanite": Wir sehen unsere Regierung ruhig das letzte Blutbadjahr vorbereiten. Mit unseren Erfolgen wachsen die Ansprüche der Imperialisten beiderseits des Atlantischen Meeres. Die Erklärung Haases und Ledebours für Landesverteidigung wird heute dementiert. Aber morgen kann sie Wirklichkeit werden. Auch die damalige französische Minderheit hat die Einziehung des Jahrgangs 1919 bewilligt, als sich die deutschen Truppen Chateau Thierry näherten. Gegen jene, welche das deutsche Volk in den Zustand des Dreißigjährigen Krieges zurückversetzen möchten, würde sich der Lebenswille dieser Nation erheben. Mit der Londoner „Revue Nation" sagen wir: „Der Krieg wurde geführt, der Krieg wurde gewonnen, der Krieg muß ein Ende haben."

Aufstand in Montenegro?

Aus Laibach wird gemeldet: Der Berichterstatter eines venezianischen Blattes in Cettinje meldet vom 17 Oktober: In Montenegro ist ein allgemeiner Aufstand und Kleinkrieg ausgebrochen, die bewaffneten Banden hatten bis zum 12. Oktober Nikso, Berane und Andrejewko besetzt. Die Oesterreicher und Ungarn räumen in aller Eile ganz Montenegro. Der Generalgouverneur hat Cettinje verlassen. Man rechnet damit, daß die Komitatschis bis zum 24. Oktober in Cettinje sein werden. Die albanischen Soldaten, die in Montenegro in Garnison liegen, haben sich den Aufständischen angeschlossen. Rücksichtslos werden alle Gemeindevertreter, die der österreichischen Verwaltung zugeneigt waren, mit dem Tode bestraft. Den Komitatschis haben sich auch viele albanische Freiwilligenbataillone angeschlossen. In Andrejewo haben die Komitatschis ein ganzes ungarisches Bataillon gefangen genommen und schrecklich massakriert.

Alliierten-Vormarsch in Sibirien.

„Central News" melden aus London: Die britischen Truppen rücken gegen Krasnoyarsk in Westsibirien vor. Japanische Truppen erreichten Irkutsk.

Ein Skandal.

Aus London wird gemeldet: Die Arbeiterkonferenz aus den alliierten Ländern hatte eine Kommission gebildet, bestehend aus Vandervelde, Thomas und Gompers, die den Auftrag hatte, bei Kriegsende einen Arbeiterweltkongreß zu organisieren. Gompers hatte mitgeteilt, daß er in Paris sein würde, und die Kommission war dahin zusammenberufen worden. In Begleitung Huysmans war Henderson gestern aus London abgefahren, um der Versammlung beizuwohnen. Er hatte Aufträge bei sich von der Internationalen parlamentarischen Kommission, von der Kommission des Gewerkschaftskongresses und von dem ausführenden Rat der Arbeiterpartei. Gestern kamen nun Huysmans und Henderson in Folkestone an, um sich nach Frankreich zu begeben. Ein Beamter des Matrosen- und Heizerbundes, der ihnen gefolgt war, überredete die Besatzung des Schiffes, sie nicht herüberzubringen. Huysmans und Henderson mußten umkehren und ihr Gepäck selber tragen, denn der Führer des Mietsautos weigerte sich, sie zu fahren, als er erfahren hatte, wer sie waren.

Bemerkenswerte Personaländerung im britischen auswärtigen Amt.

Sir William Tyrrell, seinerzeit Privatsekretär Edward Greys und hervorragend am Bagdadbahnvertrag von 1914 beteiligt, ist zum Unterstaatssekretär im englischen auswärtigen Amt ernannt worden. Tyrrell gilt als guter Kenner Deutschlands und ist bei Ausbruch des Krieges wegen seiner angeblichen Deutschfreundlichkeit stark angefeindet worden.

Herrenhaus für Herrscherhaus.

Das Herrenhaus behandelte am Sonnabend zunächst Bittschriften und Eingaben. Sodann teilte der Präsident Graf v. Arnim-Boizenburg mit, daß folgender Antrag der konservativen Fraktion eingegangen ist:

In der Zeit der tiefsten Not des deutschen Vaterlandes ist es Pflicht und Recht des preußischen Herrenhauses zum Ausdruck zu bringen, wie unlöslich der Zusammenhang zwischen dem preußischen Herrscherhause und seinem Volke ist. Der König von Preußen wird sein Volk auch in der dunkelsten Stunde treu erfinden. Das Herrenhaus wird, eingedenk seiner Vergangenheit, allezeit zu seinem angestammten Herrscher als Schutzwehr vor dem Throne stehen.

Die Begründung des Antrages lautet:

Die Verhandlungen des Reichstages vom gestrigen Tage und die bei dieser Gelegenheit gegen Seine Majestät gerichteten Angriffe haben in jedem preußischen Herzen das Bedürfnis wachgerufen, die Treue zu seinem König vernehmlich zu bekunden.

Der Präsident schlug vor, diesen Antrag, gegen dessen sofortige Behandlung geschäftsordnungsmäßige Bedenken nicht ausgeschlossen seien, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen, und wurde ermächtigt, Tag und Tagesordnung der nächsten Vollsitzung des Herrenhauses festzusetzen.

*

Das preußische Herrenhaus kann im Namen des preußischen Volkes genau so viel oder wenig erklären, wie etwa das englische Unterhaus im Namen der Inder, denn das preußische Volk übt auf die Zusammensetzung des Herrenhauses nicht den mindesten Einfluß aus. Hingegen ist der Reichstag, gegen den sich zu wenden ein „Bedürfnis aller preußischer Herzen" sein soll, zum größten Teil vom preußischen Volke gewählt worden und zwar entfielen von 7,5 Millionen im Jahre 1912 abgegebenen Stimmen rund 5,5 Millionen Stimmen auf die Parteien der jetzigen Mehrheit.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Erhöhung der Soldatenlöhne.

Der Militärausschuß des Reichstages befaßte sich am Donnerstag mit den Anträgen auf Erhöhung der Soldatenlöhnung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte folgenden Antrag eingebracht, der den Reichskanzler ersucht, darauf hinzuwirken, daß

a) die Löhnung für alle Mannschaften mit Wirkung vom 1. Oktober 1918 ab verdoppelt, die Löhnung der Unteroffiziere und Beamtenstellvertreter um 50 Prozent erhöht wird;

b) eine Aufbesserung der Bezüge der immobilen Subaltern-Offiziere erwogen wird;

c) die Offiziersküchen verboten werden.

Die Konservativen hatte es vorgezogen, der Sitzung fernzubleiben. Sie hielten es also gar nicht für nötig, das Wort zur Begründung ihres Antrages zu nehmen, so daß man ernstlich daran zweifeln kann, daß der Antrag überhaupt ernst gemeint war. Zunächst gab der Reichsschatzsekretär Graf Roedern Auskunft über den finanziellen Effekt der Anträge. Diese Mitteilungen waren zum Teil vertraulicher Art. Den sozialdemokratischen Antrag begründete dann Abg. Stücklen, mit dem Hinweis darauf, daß die seither vorgenommenen Löhnungserhöhungen in keiner Weise als ausreichend angesehen werden können. Davon dürfe keine Rede sein, etwa an den Soldaten Sparsamkeit üben zu wollen. Der vom Schatzsekretär gemachte Vorschlag, die Familienunterstützung wieder zu erhöhen, sei natürlich annehmbar, aber man müsse dann die Reichsunterstützung erhöhen, es nicht aber in das Belieben der Gemeinden stellen, ob sie auf Rechnung des Reiches eine Zulage geben wollen oder nicht. Abg. Wirth (Zentr.) erkannte die Berechtigung der sozialdemokratischen Ausführungen an, die von dem Abg. Davidsohn noch trefflich unterstrichen wurden. Auch Abg. Ryssel (Unabh. Soz.) äußerte sich ähnlich. Aus den Ausführungen der Regierungsvertreter ging hervor, daß in den nächsten Tagen eine Aufbesserung mindestens der kämpfenden Truppen eintreten wird. Es besteht Grund zu der Annahme, daß auch andere Wünsche der Soldaten erfüllt werden. Die weiteren Beratungen wurden vertagt.

Die Bolschewiki-Parole des Grafen Reventlow.

In Berlin wurden in den beiden letzten Wochen Bolschewiki-Flugblätter verbreitet, die behaupteten, die Scheidemänner wollten deutsches Reichsgebiet verkaufen und Deutschland dem raubgierigen Ententeimperialismus ausliefern, bloß um die bestehende Gesellschaftsordnung zu retten und die soziale Revolution zu verhüten. Wir halten diese Flugblätter heute für Spitzelwerk. Denn Graf Reventlow nimmt diese Parole in der „Deutschen Tageszeitung" auf. Er behauptet, daß die in ihren eigentlichen Ursachen noch immer unaufgeklärte Friedensbitte an Wilson auf Betreiben der Finanzwelt erfolgt sei. Deutschland solle seinen Untergang auf sich nehmen, um der Welt den Bolschewismus zu ersparen. Gerade der sozialistische Gedanke werde durch diesen Niederlagenfrieden am schwersten getroffen. Und das wollten Sozialdemokraten verantworten.

Bolschewiki und Graf Reventlow Arm in Arm für die nationale Verteidigung gegen den Ententeimperialismus, Arm in Arm gegen die Friedensarbeit der Sozialdemokratie — wir durchschauen den Trick und lachen die ungeschickten Schwindler aus.

Neuordnung in Baden.

Nachdem die Parlamentarisierung der Reichsregierung durchgeführt war, setzte auch in Baden die Erörterung über die gleiche Neuordnung ein. Das Zentrum ließ durch seine Presse verkünden, daß für derartige Neuerungen zurzeit ein dringendes Bedürfnis nicht bestehe. Die Nationalliberalen bekannten sich bis jetzt lediglich zu den Schritten, die die nationalliberale Reichstagsfraktion in diesen Fragen tat. Nur die Sozialdemokraten und fortschrittliche Volkspartei sind sich darüber klar, daß auch in Baden die Parlamentarisierung und Demokratisierung durchgeführt werden muß. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich am 22. Oktober mit diesen Fragen befaßt und folgendes Programm für die innerstaatliche Neuordnung Badens aufgestellt:

1. Schaffung einer nur der Volksvertretung verantwortlichen Regierung aus den Vertrauensmännern des Volkes. Mit der Uebernahme eines Staatsamtes erlischt das Abgeordnetenmandat nicht.
2. Einführung der Verhältniswahl für die Zweite Kammer. Abschaffung der Ersten Kammer.
3. Ausbau und Demokratisierung der Selbstverwaltungskörperschaften, Reform der Kreisverfassung und Wahl der Bezirksräte auf demokratischer Grundlage.
4. Abschaffung des Klassenwahlrechts in der Gemeinde- und Städteordnung und Beschränkung der Staatsaufsicht über die Gemeindeverwaltungen.
5. Vollständige Gewissens- und Religionsfreiheit.

Ueber diese Forderungen wird nunmehr mit den übrigen Fraktionen des Landtages verhandelt, um sie als einheitliches

Programm der Zweiten Kammer der Regierung zu unterbreiten und von dieser die unverzügliche Einberufung der badischen Landstände zu einer außerordentlichen Tagung, die darüber zu beraten und Beschluß zu fassen habe, zu fordern.

Sächsische Regierungs„reform": ein neues Beamten-Ministerium.

Die sächsische „Staatszeitung" meldet: Der König entließ den Staatsminister Grafen Vitzthum von Eckstädt auf sein Ansuchen unter Belassung des Titels und Ranges eines Staatsministers aus seinen Aemtern und vollzog nachstehende Ernennungen: Justizminister Staatsminister Dr. Heinze zum vorsitzenden Staatsminister und Minister des Aeußern, — Ministerialdirektor, wirkl. Geh. Rat Dr. Schröder zum Finanzminister, — Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Koch zum Minister des Innern, — den Gesandten von Nostitz-Wallwitz zum Minister für Kultus und öffentlichen Unterricht.

Reformbestrebungen in Württemberg?

Der „Württembergische Staatsanzeiger" schreibt: Daß die im Reiche eingetretenen innerpolitischen Bewegungen eine Rückwirkung auf die Einzelstaaten nicht verfehlen werden, dessen war man sich in Württemberg von Anfang an bewußt. Wie wir wissen, hat die Regierung die Fragen sofort in Erwägung gezogen und tritt darüber zurzeit mit Vertretern der Parteien in Fühlung.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 28. Oktober.

Die neueste Hamsterei.

Der Krieg wirft in schwachen Köpfen immer neue wunderliche Blasen. Im August 1914 war es zu begreifen, wenn sich ängstliche Gemüter auf alle irgend erreichbaren Lebensmittel warfen und sich ein Vorratslager anlegten um nicht zu verhungern. Was damals an Nahrungsmitteln durch diese sinnlose Anhäufung verdorben ist, entzieht sich wohl für immer der öffentlichen Kenntnis.

Daß im Laufe von 50 Kriegsmonaten die Hamsterei eßbarer Dinge bis zur höchsten Fertigkeit ausgebildet worden ist, verdanken wir unserer neunmalweisen Bureaukratie, die es bis heute glücklich auf 38 000 Verordnungen gebracht hat, von denen höchstens die Mäuse satt geworden sind, die das Papier dieser Vorschriften gefressen haben.

Jetzt wendet sich die selbstsüchtige Hamsterei einem neuen Gegenstand zu. Banknoten und Darlehenkassenscheine werden von solchen Leuten angesammelt, die im glücklichen Besitz entsprechender Kapitalien sind. Sie ziehen ihre Guthaben aus Banken und Sparkassen zurück, um sie zu Hause aufzuheben. Die Folge ist ein beinahe katastrophaler Mangel an Papiergeld, so daß Behörden und Kommunalverwaltungen zur Ausgabe von Notscheinen greifen müssen.

Es wäre begreiflich, wenn auch nicht gerade anständig, daß ein Mensch Goldstücke, Juwelen oder seltene Briefmarken zurückhält oder dem Verkehr entzieht. Vollkommen sinnlos ist es aber, Papiergeld zu hamstern. Was denken diese Ueberschlauberger eigentlich bei ihrer Hamsterei? Das Stück bedrucktes Papier ist in dem Augenblick wertloses Makulatur, wo wir wirtschaftlich zusammenbrechen, und wer dann recht viel Papiergeld gehamstert hat, kann damit seine Wohnung tapezieren, falls es ihm Spaß macht.

Wer noch einen Funken Vernunft im Kopf hat, beteiligt sich an dieser unsinnigen Papiergeld-Hamsterei nicht, die nur dazu führt, daß der Notenumlauf im Lande stockt und daß durch Ausgabe von neuem Papier der Stand unserer Währung weiter gedrückt wird.

Von den Lübecker kriegswirtschaftlichen Betrieben.

Eine Kommission des Bürgerausschusses, die sich mit den außerordentlichen Ausgaben des Polizeiamtes aus Anlaß des Krieges zu befassen hatte, hat sich auch mit den in den hiesigen kriegswirtschaftlichen Geschäftsstellen gezahlten Gehalten beschäftigt und gefunden, daß es von den hiesigen Beamten mit einer gewissen Bitterkeit empfunden werden muß, wenn einem, nicht einmal für die ganze Arbeitszeit in Anspruch genommenen Leiter einer kriegswirtschaftlichen Geschäftsstelle eine Vergütung gezahlt wird, die weit über das hinausgeht, was der großen Mehrheit der Beamten gewährt wird. In der Abteilung für Getreide, Mehl und Futtermittel ist neben dem juristisch gebildeten Leiter noch ein juristischer Hilfsarbeiter mit einem Monatsgehalt von 400 Mk. angestellt, der nach der Ansicht der Kommission unbedingt gespart werden kann. Nicht minder schwere Bedenken hat die Kommission gegen die Anstellung von zwei Kaufleuten, die ein Monatsgehalt von je 500 Mk. erhalten, und die Besoldung des Geschäftsführers der Mehlabteilung mit ebenfalls 500 Mk. In der Preisprüfungsstelle und dem Ernährungsausschuß sind u. a. zwei juristische Hilfsarbeiter angestellt, von denen einer ein hiesiger, an sich dienstpflichtiger Rechtsanwalt, ein Monatsgehalt von 500 Mk. erhält. Die Kommission hält es nicht für richtig, einer Hilfskraft ein Gehalt zuzusprechen, das nicht unerheblich über das hinausgeht, was den Richtern als Anfangsgehalt gezahlt wird. Auf Grund ihrer Beratungen ist die Kommission zu dem Ergebnis gekommen, daß im Interesse des lübeckischen Staates auf das dringendste die Einrichtung eines Kriegsversorgungsamtes, dem auch bürgerliche Mitglieder anzugehören hätten, gefordert werden muß. Es müsse in der Tat ernste Bedenken erregen, daß jetzt über die gesamten kriegswirtschaftlichen Betriebe beim Polizeiamt mit ihren nahezu eine Million betragenden Ausgaben von einer einzigen Person entschieden werde. Die Kommission ersucht darum den Senat, eine Vorlage über die Einrichtung eines Kriegsversorgungsamtes, dem auch bürgerliche Mitglieder angehören sollen, herauszugeben.

Im Bürgerausschuß ist dem letzteren Vorschlag zugestimmt worden.

Versorgung entlassener Krieger mit bürgerlicher Kleidung.

Die Reichsbekleidungsstelle hat einen Versorgungsplan bekannt gegeben, wonach 750 000 Anzüge und 250 000 Mäntel aus getragenen Militärsachen und 500 000 neue Anzüge für bedürftige entlassene Krieger bestimmt sind. Zunächst werden nur Anzüge und Mäntel aus getragenen Militärsachen abgegeben. Neue Anzüge müssen erst angefertigt werden, so daß eine Abgabe von neuen Anzügen bis auf weiteres noch nicht möglich ist.

Die Anzüge und Mäntel werden nur an bedürftige Entlassene abgegeben. Nach der Bekanntmachung ist bedürftig, wer keinen noch brauchbaren bürgerlichen Anzug oder Mantel besitzt und derartig unbemittelt ist, daß er sich diese Kleidungsstücke im freien Verkehr zu den dafür üblichen angemessenen Preisen nicht kaufen kann. 200 000 Anzüge und 50 000 Mäntel werden an die Aermsten der Entlassenen unentgeltlich abgegeben. Bei den übrigen Kleidungsstücken gewährt das Reich einen Zuschuß von 10 oder 14 Mk. zur Verbilligung. Hierfür hat das Reichsschatzamt 21 Mill. Mark bewilligt.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 28. Oktbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Keine größeren Kampfhandlungen. Südwestlich von Oizy, westlich von Avelten und bei Artres (südlich der Schelde) wiesen wir feindliche Angriffe ab. Bei Säuberung einzelner Engländernester bei Famars und Engle-Fontaine machten wir Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Uebergangsversuche über den Aisne-Kanal bei Lopigny wurden vereitelt. Zwischen Oise und Serre nahmen wir in vorletzter Nacht unsere in den vorspringenden Bogen zwischen Orchly und La Ferte stehenden Truppen in die Linie westlich von Guise (östlich von Crenzy) an der Serre zurück. Der Feind griff gestern unsere neue Linie südlich von Guise an. Unter Einbuße zahlreicher Panzerwagen wurde er abgewiesen. Im südlichen Abschnitt scheiterten am frühen Morgen erneute Angriffe der Franzosen zwischen Croixnont und Pierepont. Westlich der Oise fanden gestern nur örtliche Kämpfe statt. Feindliche Angriffe gegen unsere auf dem Süduser der Aisne südwestlich von Rethel und bei Rilly stehenden Truppen wurden abgewiesen. Auf den Aisne-Höhen westlich von Vouziers nahm der Artilleriekampf am Abend in Verbindung mit erfolglosen Angriffen des Gegners östlich von Fitres vorübergehend große Stärke an.

Heeresgruppe Gallwitz.

Auf den Höhen östlich der Maas wiesen wir Angriffe der Amerikaner im Walde von Konsenvoie und Ormontalis ab.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die eingeleiteten Bewegungen wurden plangemäß weiter geführt. Südlich von Kruzevac und Tepola erfolgreiche Nachhutkämpfe. Beiderseits der Morawa besteht nur geringe Gefechtsfühlung mit dem Feinde.

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres.

Ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die noch in unserem Volke vorhanden sind.

Auf dieses Wort des Reichskanzlers Prinzen Max von Baden wird die 9. Kriegsanleihe die Probe abgeben.

Zeichne jeder nach bester Kraft!

Mit der Abgabe der Kleidungsstücke sind die Kommunalverbände beauftragt worden. Die Dienststellen, die die Anträge der entlassenen Krieger entgegennehmen, und die Abgabestellen der Anzüge werden von den Kommunalverbänden in den Tageszeitungen, durch Anschläge in den Dienstgebäuden und auf öffentlichen Straßen und Plätzen bekanntgegeben werden. Die Abgabe der Kleidungsstücke erfolgt nur in den Kommunalverbänden, nach denen die Krieger nach dem Inhalt ihrer Militärpapiere von den Truppenteilen entlassen worden sind. Bei der Antragstellung ist der Militärpaß mitzubringen. Wird das Gesuch genehmigt, so wird den Entlassenen eine Bedürftigkeitsbescheinigung ausgestellt. Nur gegen diese Bescheinigung und einen Bezugsschein der örtlich zuständigen Stelle erhält er die Kleidungsstücke.

Es werden nur solche bedürftige Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres und der Marine versorgt, die während des Krieges aus allen militärischen Verhältnissen oder nach dem Kriege infolge Abrüstung entlassen werden. Wer während des Krieges infolge Reklamation zur Aufnahme von Arbeiten usw. entlassen wird und dessen Wiedereinziehung zum Heeresdienst nicht ausgeschlossen ist, wird auf diesem Wege nicht versorgt. Die Entlassenen erhalten nur einmal unmittelbar nach der Entlassung einen Anzug oder Mantel. Wer nach einem Kommunalverband entlassen wird, in dem er vor seiner Einberufung nicht gewohnt oder gearbeitet hat, dem wird empfohlen, sich die Bedürftigkeit bei seinem Truppenteile bescheinigen zu lassen, damit die Prüfung der Bedürftigkeit im Kommunalverbande vereinfacht wird.

Außer den Kleidungsstücken, die die Reichsbekleidungsstelle an die Kommunalverbände liefert, werden auch von den Kommunalverbänden selbst Anzüge und Mäntel aufgebracht. Sie müssen nach der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 23. Juli 1917 ein Drittel der getragenen Männeroberkleidung, die sie in ihren Altbekleidungsstellen gesammelt haben, für bedürftige entlassene Krieger zurückstellen und dürfen sie nur an solche abgeben. Dadurch werden außer den von der Reichsbekleidungsstelle zu beschaffenden 1250 000 Anzügen und 250 000 Mänteln noch weitere erhebliche Mengen für die entlassenen Krieger zur Verfügung gestellt.

Die Kartellversammlung am Freitag hatte zahlreiche Eingänge zu erledigen. Zunächst teilte das Jugendamt mit, daß es durch die Berufsberatungsstelle Lehrlinge vermittelt und ersucht die Gewerkschaften um Mitteilung von etwa vorhandenen Mißständen in den Betrieben und Berufen. Es wird den Gewerkschaften zur Pflicht gemacht, in ihrer nächsten Versammlung die Frage zu diskutieren. Das Kartell wird den Gewerkschaften einen diesbezüglichen Fragebogen übermitteln, der schnell beantwortet und an die Genossen Rockstien oder Bromme zurückzugeben ist, die dann das Resultat weitergeben werden. Weiter ersucht das Jugendamt um Mitwirkung von qualifizierten Arbeitern und Arbeiterinnen in der Waisenpflege. Ein Antrag des Metallarbeiter-Verbandes wünscht, — nachdem in mehreren Betrieben die Mittagspause wegen Strommangels von 1 bis 3 Uhr verlegt wurde und vielen Arbeitern es dadurch unmöglich gemacht wurde, Einkäufe zu besorgen oder geschäftliche Angelegenheiten bei städtischen Behörden zu erledigen — in einer Eingabe an Polizeiamt und Senat, die Ladeninhaber zu verpflichten, ihre Verkaufsstellen von 1—3 Uhr offen zu halten und die Behörden anzuweisen, ihre Bureaus so offen zu halten, daß die Arbeiter ihre Angelegenheiten in den Mittagspausen dort erledigen können. Die Anträge wurden von dem Vertreter der Metallarbeiter, Denkewitz begründet. Nach kurzer Debatte wurden sie angenommen. Ein weiterer Eingang aus Metallarbeiterkreisen ersucht um eine Eingabe an den Senat, in der verlangt wird, wegen der Grippe-Epidemie Kinos, Theater und Schulen zu schließen. Den Antrag begründete Genosse Knapp. In der Aussprache wird darauf hingewiesen, daß die Schließung von Theater und Kinos wirtschaftliche Schädigungen zeitigen und überdies niemand gezwungen sei, diese Stätten zu besuchen. Dagegen wurden die Schulen als Hauptverbreitungsstätten der Krankheit anerkannt und beschlossen, in einer Eingabe die Schließung der Schulen bis zum Nachlassen der Krankheit zu fordern. Bei dieser Gelegenheit wurde scharf kritisiert, daß die Schulleitungen die Kinder oft bei schlechtem, nassem Wetter zum Bucheckernsammeln anhalten, ohne Rücksicht auf die schlechte Bekleidung und das defekte Schuhwerk der Kinder zu nehmen. Zum mindesten müsse den Eltern das Recht zustehen, ihre Kinder davon zurückhalten zu können. Von dem Verband der Bureauangestellten wurde mitgeteilt, daß die Beamten der Ortskrankenkasse und die Rechtsanwaltsangestellten in eine Lohnbewegung eingetreten sind. Namentlich letztere würden geradezu erbärmlich bezahlt. Dort blühe auch eine große Lehrlingszüchterei. Die Versammlung nahm nach kurzer Debatte davon Kenntnis. Hierauf rekapitulierte der Vorsitzende Rockstien die Verhältnisse zu unserer — im August an den Senat gerichteten — Eingabe um Verbesserung der Ernährungs- und Bekleidungs-, Beleuchtungs- und Heizungsverhältnisse. Die Antwort des Senates war dahingehend, daß in Lübeck die Versorgung besser sei, als in anderen Städten von gleicher Größe. Einer Eingabe der Interessengemeinschaft der Privatangestellten Lübecks und des Lübecker Beamten-Bundes war das gleiche geantwortet worden. Der Kartellvorstand habe nun dieser Tage in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit den Leitern der beiden genannten Organisationen zu der Antwort des Senates Stellung genommen und sich auf eine abermalige, diesmal gemeinschaftliche Eingabe an den Senat geeinigt, deren Wortlaut vom Vorsitzenden verlesen und von der Versammlung einstimmig gebilligt wurde. Er wird nach Abgang der Eingabe an dieser Stelle veröffentlicht werden. Der nächste Gegenstand der Tagesordnung betraf die Wahl von Jugendausschuß-Mitgliedern, zu der Genosse Bromme das Wort nahm. Die bisherigen Gewerkschaftsvertreter Metallarbeiter Gries und Holzarbeiter Kürß hätten sich schon seit vielen Monaten nicht mehr in den Sitzungen sehen lassen. Letztere habe sich überhaupt nie um die Jugendbewegung gekümmert. Es wurden gewählt: Steindrucker Brandes und Transportarbeiter Jacobi. Der Jugendausschuß setzt sich demnach zusammen aus der Genossin Jaedstat und den Genossen Bromme und Teß als Vertreter der Partei und Brandes, Denkewitz und Jacobi als Vertretern der Gewerkschaften. Am Ende der Versammlung machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß der Fleischindustrielle Herr Cadow ein ansehnliches Quantum Rippen dem Gewerkschaftskartell zur Verfügung gestellt habe, namentlich für solche Arbeiter, die sonst nicht in den Besitz von Zulagen gelangen. — Die Verteilung erfolgte am Sonnabend. Leider konnten nicht alle Erschienenen berücksichtigt werden.

Neuregelung der Fortschreibung der Zivilbevölkerung zum Zwecke der Lebensmittelversorgung.

Die Gesamtlage unserer Lebensmittelversorgung macht eine genaue Feststellung der Zahl der versorgungsberechtigten Bevölkerung unerläßlich, um mit Sicherheit jeden unzulässigen Mehrverbrauch ausschalten zu können. Aus diesem Grunde waren die Kommunalverbände durch Rundschreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes vom 9. Mai 1917 schon bisher angewiesen, unter Zugrundelegung der Ergebnisse der Volkszählungen genaue Verzeichnisse der Versorgungsberechtigten aufzustellen und durch Fortschreibung der Veränderungen auf dem laufenden zu halten. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß durch die Fortschreibung nach dem bisherigen Verfahren nicht völlig zuverlässige Unterlagen für die Bevölkerungszahl der Kommunalverbände gewonnen werden konnten. In jedem Fortschreibungstermin überstieg die Zahl der Zuzüge die der Wegzüge sehr erheblich, während bei richtiger Fortschreibung die Gesamtzahl der Zuzüge und die Gesamtzahl der Wegzüge innerhalb des Reichsgebietes einander annähernd gleich sein mußten. Die Bundesratsverordnung vom 24. Oktober 1918 stellt die Fortschreibung auf neue Grundlagen. Als Zuzüge sollen fortan nur Personen gezählt werden dürfen, welche einen von der zuständigen Behörde ihres bisherigen Aufenthaltsorts ausgestellten Abmeldeschein auf vorgeschriebenem Vordruck abgeben. Eine Ausnahme gilt nur für Personen, die aus dem Auslande zuziehen; für sie hat der Kommunalverband des Zuzugsortes eine besondere Zählkarte auszufertigen. Als Wegzüge werden alle Personen gezählt, denen ein Abmeldeschein ausgestellt worden ist.

Durch die vom Reichskanzler erlassenen Ausführungsbestimmungen werden die für die Fortschreibung zu benutzenden Vordrucke einheitlich festgesetzt, auch wird für die Abmeldescheine ein Blocksystem eingeführt, welches eine genaue Kontrolle ermöglicht.

Da die Vordrucke wesentlich vereinfacht und deren Kosten auf die Reichskasse übernommen werden, bedeutet die Neuregelung für die Kommunalverbände eine erhebliche Entlastung in geschäftlicher und finanzieller Hinsicht.

Anordnung einer allgemeinen Volkszählung für den 4. Dezember 1918.

Für die praktische Durchführung der Versorgungsregelung ist eine regelmäßige einwandfreie Feststellung der Bevölkerungszahl des Reichs, der Bundesstaaten, der kleinen Verwaltungsbezirke und der Gemeinden unerläßlich. Es sind für diesen Zweck bereits am 1. Dezember 1916 und am 5. Dezember 1917 allgemeine Volkszählungen vorgenommen worden. Die im Laufe eines Jahres eintretenden Verschiebungen und Veränderungen im Bevölkerungsstand der einzelnen Gebietsteile sind aber so erheblich, daß die im Dezember 1917 ermittelten Zahlen nicht mehr als zuverlässige Unterlagen für die Verteilungsmaßnahmen des nächsten Jahres angesehen werden können. Daher ist auch in diesem Jahre die Vornahme einer Volkszählung wieder notwendig. Der Bundesrat hat dementsprechend angeordnet, daß am Mittwoch, dem 4. Dezember 1918 eine solche Zählung vorgenommen werden soll. Die Zählung soll in gleicher Weise wie im vorigen Jahre durchgeführt werden. Sie dient nur statistischen und wirtschaftlichen Zwecken. Für die Durchführung der Zählung wird wieder auf die freiwillige Beteiligung geeigneter Personen als Zähler zurückgegriffen werden müssen. Bei der hohen Bedeutung der Zählung liegt es im Interesse jedes einzelnen, daß die Zählung ein möglichst zuverlässiges Ergebnis liefert, so daß wohl erwartet werden darf, daß alle Bevölkerungskreise bemüht sein werden, die Durchführung der Zählung nach Kräften zu unterstützen und zu erleichtern.

Standesamtsabteilung für Geburten und Sterbefälle. Die bisher im Verwaltungsgebäude, Fleischhauerstr. 20, befindlichen Geschäftsräume der Standesamts-Abteilung für Geburten und Sterbefälle befinden sich vom 28. ds. Mts. ab im Erdgeschoß des Grundstücks Mengstr. 28 (früherem Gerichtsgebäude).

Die Lübecker Badeanstalt am Hüxterdamm, die vom Staat übernommen und in mancher Beziehung verbessert worden ist, wird am 30. Oktober wieder eröffnet.

Beschränkung in der Annahme von Privatpaketen. Seit einiger Zeit verursacht die Behandlung besonders schwerer Pakete derartige Schwierigkeiten, daß darunter die Beförderung der übrigen Pakete empfindlich leidet. Zur Fernhaltung dieser Unzuträglichkeiten werden vom 28. Oktober an bis auf weiteres gewöhnliche und Wert-Pakete, die das Gewicht von 25 Kilogramm überschreiten, von Privatpersonen nicht mehr zur Beförderung angenommen. Der Bevölkerung ist hiervon sogleich durch Schalteraushang Kenntnis zu geben.

Keine Privatpakete nach Belgien mehr. Der Privatpaketverkehr von und nach dem Generalgouvernement Belgien muß bis auf weiteres eingestellt werden. Die Reichs-Postanstalten und die deutschen Postanstalten in Belgien haben daher Anweisung erhalten, Privatpakete nicht mehr anzunehmen.

Für Weihnachtssendungen an einsame Soldaten im Felde und in den Lazaretten sind in der Zentrale vom Roten Kreuz neue Adressen eingetroffen und werden daselbst werktäglich zwischen 10 und 1 Uhr ausgegeben. Die Zentrale, jetzt Schildstraße

J. A. Tit, bittet alle, die tapferen Feldgrauen eine Weihnachtsfreude machen wollen, die in der Heimat keine Angehörigen haben, sie sie durch Liebesgaben erfreuen, sich baldmöglichst mit diesen neuen Adressen versehen zu wollen.

* **Diebstahl.** Am Sonnabend, dem 26. ds. Mts. wurde von dem Hausflur eines Hauses am Pferdemarkt ein 4 bis 5 Meter langer roter Läufer mit Schutzdecke gestohlen.

* **Wegen Betruges festgenommen** wurde ein Kaufmann aus Schlesw.-Marschen. Der Festgenommene, ein früherer Offizier hatte sich hier unter der Vorgabe Offizier zu sein, einquartiert und hatte in verschiedenen hiesigen Lokalen größere Zechen gemacht, ohne in der Lage zu sein, zahlen zu können. Der Festgenommene ist bereits wegen Betruges bestraft.

* **Gelegenheit macht Diebe.** Festgenommen wurde ein Lehrling einer hiesigen Großhandlung, der die günstige Gelegenheit wahrgenommen hatte, aus dem Geldschrank einen 100-Markschein zu stehlen. Dem leichtsinnigen jungen Menschen werden noch mehrere solcher Diebstähle zur Last gelegt.

Im Metropolkino, Ecke Breite und Hüxstraße, ist bis Donnerstag der große saftige Kulturfilm „Verlorene Töchter" von William Kahn auf dem Spielplan. Der Verfasser rollt den Lebensroman eines jungen achtbaren Mädchens auf, das als Sängerin zur Bühne gehen will, um ihrer armen Mutter eine Stütze zu sein. Unter glänzenden Versprechungen wird sie von einem schurkischen „Konzertagenten" in ein Variete nach Rio de Janeiro verschleppt, wo sie gezwungen wird, den Weg der Tugend zu verlassen und elend zugrunde gegangen wäre, wenn sie der Geliebte, ein Schiffsingenieur, nicht dort aufgefunden und in die Heimat zurückgebracht hätte, wo sie aber am Hochzeitstage trotzdem zusammenbricht.

Hamburg. Die Beseitigung des Volksschulgeldes und der Vorschulen. Am Sonnabend hatte sich die Oberschulbehörde mit zwei Anträgen des Senats zu beschäftigen, die von der größten Bedeutung für eine freiheitliche Entwickelung des gesamten hamburgischen Unterrichtswesens sein werden. Der Senat beantragte Aufhebung des Schulgeldes für die Volksschulen und Aufhebung der Vorschulen für die höheren Schulen. Das Plenum der Oberschulbehörde stimmte den Anträgen des Senats zu, die nunmehr an die Bürgerschaft gehen und dort voraussichtlich ebenfalls Annahme finden werden. Damit ist ein wesentlicher Fortschritt in der Entwickelung unseres Schulwesens gemacht. Vor allem ist von großer Bedeutung die Aufhebung der Vorschulen, durch die mehr als durch alles andere die höheren Schulen zu Klasseneinrichtungen gestempelt wurden. Es wird sich nun auf der Grundlage des neuen Unterrichtsgesetzentwurfes wesentlich leichter für die freiheitliche, fortschrittliche Ausgestaltung unseres Schulwesens arbeiten lassen, als bisher. Alle Freunde der Schule und des kulturellen Fortschritts werden darum die Anträge des Senats freudig begrüßen. Die Aufhebung des Schulgeldes, dem auch wohl die des sogenannten Büchergeldes folgen dürfte, soll sofort erfolgen, die Aufhebung der Vorschulen kann natürlich billigerweise nur schrittweise stattfinden, so zwar, daß zu Ostern 1920 und von da ab keine Kinder mehr in die Vorschulen aufgenommen werden. — Auflösung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 3. Hamburger Wahlkreis. In der am Sonntag im Gewerkschaftshaus unter Vorsitz von Genossen Grosse abgehaltenen Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 3. Hamburger Wahlkreis wurde einstimmig die Auflösung des Vereins und der Uebertritt in den kürzlich neugegründeten Wahlverein für den hamburgischen Staat beschlossen. Dieser Entschluß, dem sich die Wahlvereine der beiden andern Wahlkreise voraussichtlich anschließen werden, ist durch die Neuordnung der hamburgischen Reichstagswahlkreise hervorgerufen worden.

Schwerin. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Mecklenburg. Wie der manchmal offiziös bedienten „Mecklenburgischen Zeitung" mitgeteilt wird, beabsichtigt die mecklenburgische Regierung den zum 25. November nach Malchin einzuberufenden Landtag das geheime, gleiche und unmittelbare Wahlrecht vorzuschlagen. Und wenn die bisher halsstarrigen Ritter und Stände es ablehnen?!

Schwerin. Das Geständnis des Mörders. Der wegen Mordes zum Tode verurteilte Schnitter Balwas hat nunmehr dem Staatsanwalt zugegeben, daß er die Tat ohne fremde Hilfe allein ausgeführt hat. Als er in der Nacht vom 4. zum 5. Mai d. J. mit der ermordeten Schnitterin aus Maßlow wegging, hat er von vornherein die Absicht gehabt, nicht mit ihr auszurücken, sondern sie zu töten und zu berauben. Er hat sich zu diesem Zwecke den Sensenhammer seines Vaters mitgenommen. Mit diesem Hammer hat er der Schnitterin unterwegs auf dem Wege von Maßlow nach Lübow einen Schlag gegen die Schläfe versetzt. Als diese betäubt zu Boden fiel, hat er sie auf den Rücken genommen und sie durch ein Roggenfeld an das Wasserloch getragen, das nahe am Wege lag. Am Wasserloch hat der Mörder die Schnitterin durch weitere Schläge mit dem Hammer vollends getötet und, nachdem er sie beraubt hatte, sie noch eine Strecke am Wasserloch entlang zu der Stelle geschleift, wo sie hernach gefunden wurde.

Stargard i. M. Großfeuer. Auf dem Zarneckowschen Gute in Wanzla brach am Mittwoch um Mitternacht im Schafstall ein Feuer aus, das vermutlich vorsätzlich angelegt worden ist. Das Feuer griff auf die Scheunen über und äscherte fünf Gebäude ein, nämlich den Schafstall, die Weizenscheune, die Klosterscheune, die Wagenschauer und den Kuhstall. Die Schafe verbrannten, während die Kühe gerettet werden konnten. Ebenso sind zwei Fohlen mitverbrannt.

Rüstringen. Genosse Hug besoldeter Stadtrat. Der Stadtrat von Rüstringen hat beschlossen, den Stadtmagistrat durch ein besoldetes Mitglied zu erweitern. Für dieses Amt ist unser Genosse Hug ausersehen, der dem Magistrat bereits als unbesoldetes Mitglied angehört.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Die Rose von Stambul", Operette in 3 Akten von Brammer und Grünwald, Musik von Leo Fall. Man fragt sich, wenn man diese „Rose von Stambul" genossen hat, vergeblich, was daran wohl in Berlin und anderen Großstädten dem Publikum so ausnehmend gefällt, daß dort die Operette an Hunderten von Abenden hintereinander vor vollem Hause aufgeführt werden kann. Die Handlung? Sie ist so unbedeutend und unwahrscheinlich und entbehrt dazu noch des Witzes und Humors, daß darin ihre Zugkraft, wenigstens auf normale Menschen wohl nicht gesucht werden darf. Aber die Geschichte spielt in den ersten zwei Akten in Konstantinopel, im alten Stambul, und der sinnliche Orient mit seiner geheimnisvollen Haremswirtschaft, den feurigblickenden, verschleierten Odalisken und den bedauernswerten Eunuchen reizt am Ende manchen Europäer, der, obwohl sonst ein guter Christ, in der Praxis die Vielweiberei betreibt.

Kondja Cül, die Tochter der Exzellenz Kemal Pascha, soll den ihr unbekannten Achmed Bey heiraten. Sie sträubt sich etwas, weil sie für einen Dichter aus Europa, den sie gleichfalls nie gesehen hat, schwärmt. Dieser Dichter und Achmed Bey sind aber ein und dieselbe Person, was der Zuschauer schon in der ersten Viertelstunde, Kondja aber erst im dritten Akt, in dem beide glücklich werden, merkt. Zwischendurch ereignet sich wenig, was des Erwähnens wert wäre. Selbstverständlich gibt es auch noch ein zweites Paar — er aus Köln, sie aus Stambul, wenn auch nicht die bewußte Rose —, das in Liebe macht. Und zu diesem dürftigen Stück hat Leo Fall eine armselige Musik geschrieben. Zwei Nummern — „Ein Walzer muß es sein" und „O Rose von Stambul" — sind die ganzen populären Einfälle, die er hatte. Auch die Bemühungen, dem Publikum orientalisch zu kommen, sind ihm nur wenig geglückt.

Wie Türken über diese „Rose von Stambul" denken, schildert der türkische Unterrichtsminister Djelal, nachdem er einer Aufführung in Berlin beigewohnt hatte, wie folgt: „Ich darf wohl sagen," schreibt er im „B. T.", „daß ich es komisch und ein wenig traurig zugleich finde, wenn heute den großen Mengen in Deutschland immer noch eine derartige Karikatur meiner Heimat vorgeführt werden kann. Ein wenig traurig, sage ich, denn meiner Meinung nach lernt die große Masse durch eine einzige Vorführung der „Rose von Stambul" mehr Unsinn, als durch die ganze Lebenszeit eines die echte Türkei schildernden Gelehrten widerlegt werden könnte. Dieser Unsinn häuft sich in der „Rose von Stambul" in gewaltigen Mengen, und wo man zupackt, hat man ihn auch faustdick. Da sind zunächst die Namen der Mädchen. Eine von ihnen heißt zum Beispiel „Midili", was bei uns ein Säugetier ist, mit dem verglichen zu werden sich jede junge Dame schönstens verbeten möchte. Ferner gibt es ein „Guzela" oder eine „Durlane", und beide Namen sind bei uns ebenso unbekannt. Aehnliches gilt von den Kostümen. Sie entstammen türkischen Moden, die es nie gab, und sind sie halbwegs echt, dann sind sie mit einer anachronistischen Kühnheit komponiert, vor der mir bange wurde. Diese Maskeraden, die ich eine Zigarettenschachtelkunst nennen möchte, müssen um so auffallender wirken, als der schöne Achmed, der Held des Stückes, eine vollkommen moderne türkische Uniform und einen Frack neuester, peinlichster Mode trägt. In der „Rose von Stambul" spielt eine Art von Schirm oder Paravent eine bedeutende Rolle: er muß als trennende Wand die Braut vor dem Bräutigam oder umgekehrt schützen, wenn sich die beiden etwas zu sagen hatten. Dieser Schirm war mir Türken etwas Neues, etwas durchaus Märchenhaftes, wenn ich anderseits auch nicht leugnen will, daß er trefflich zu dem ganzen Stücke paßt." „Ich höre hier auf," meint Djelal nach Aufzählung von Beispielen ähnlichen Blödsinns, „nicht, weil ich mit dem abendfüllenden Unsinn zu Ende bin, sondern aus Rücksicht auf den Papiermangel."

Die Vorstellung am Sonnabend war gut vorbereitet und von Albert Wilcken hübsch und malerisch inszeniert. Nanni Malinourki sah als Kondja sehr appetitlich aus und sang auch recht nett. Heinz Rogland gab den Achmed Bey gesanglich und im Spiel frisch und gewinnend. Das zweite Paar verkörperten Frau Bradsky und Herr Pfeiffer. Sie, unzweifelhaft die bessere Hälfte, mit Lust und Laune, er etwas unbeholfen und wenig weltmännisch im Auftreten. Die übrigen taten, was in ihren Kräften stand. Am Schluß der von Herrn Kapellmeister Schwarz flott geleiteten Aufführung gab es lebhaften Beifall.

P. L.

Zu der Besprechung der letzten „Mignon"-Aufführung sei berichtigend erwähnt, daß die talentierte Vertreterin der Titelrolle Frl. Gander heißt.

Neueste Nachrichten.

Die Rumänen marschieren wieder!

Wien, 27. Oktober. Der Berichterstatter der "Neuen Freien Presse" meldet aus Cernowitz: Rumänische Truppen rückten in die Dobrudscha ein. Die Rumänen sind entschlossen, ihre letzte Karte auszuspielen, und glauben, diesmal entscheidendes Glück zu haben. Die Veränderungen in Oesterreich und die Lostrennungsabsichten der Ungarn werden, wie sie glauben, die Geburt Großrumäniens beschleunigen. Das Erscheinen der Alliierten an der rumänischen Grenze riß selbst besonnene Elemente in den Kriegswirbel. Die Nationalisten beherrschen die Lage.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung
betreffend den Verkauf von Petroleum.

Die Petroleumhändler haben sämtliche entgegengenommenen Kartenabschnitte, nach Farbe und Nummern getrennt, bis spätestens zum 29. Oktober 1918 bei der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Schmiedestraße 25, einzureichen und dabei zu melden, wieviel Petroleum noch in ihrem Besitz ist.

Lübeck, den 26. Oktober 1918. 5278

Das Polizeiamt

Bekanntmachung
betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 28. Oktober bis 3. November 1918 wird Fleisch und Frischwurst ausgegeben, und zwar muß auf jede Fleischkarte Fleisch und Frischwurst entnommen werden, falls nicht nur Wurst gewünscht wird. Entsprechend dieser Zuteilung ist jede Fleischmarke, die den Aufdruck „1/50 Anteil" trägt, mit 20 Gramm für Fleisch oder 40 Gramm für Frischwurst zu bewerten.

Lübeck, den 28. Oktober 1918. (5290

Das Polizeiamt.

Lübecker Badeanstalt.
Eröffnung am 30. Oktober.

Lübeck, den 26. Oktober 1918. (5279

Die Finanzbehörde.
Abteilung für Häuser und Plätze.

Fünfter Verkauf von Zwiebeln.

Vom Mittwoch, dem 30. Oktober ab bis zum 3. November kann für jede Person, welche im Besitze eines Lebensmittelbuches oder einer Lebensmittelkarte ist,

ein Pfund Zwiebeln zum Preise von 30 Pfennig für das Pfund

bei allen von der Städtischen Obst- und Gemüsestelle belieferten Gemüsehandlungen gegen Abgabe des Abschnittes 93 der Warenkarte des Lebensmittelbuches oder der Lebensmittelkarte entnommen werden.

Mit dem 9. November verliert die Marke Nr. 93 ihre Gültigkeit.

Die Kleinhändler haben die Marken, auf Klebebogen aufgeklebt, an den Großhändler abzuliefern, der ihnen die Zwiebeln geliefert hat. Zuwiderhandlungen werden gemäß den bestehenden Vorschriften bestraft.

Lübeck, den 28. Oktober 1918. (5289

Städt. Obst- und Gemüsestelle.

In den Regierungs-, Amts- und Kreisblättern ist eine Verordnung betr.

Briefe und Postkarten nach dem Auslande

veröffentlicht, auf die hiermit hingewiesen wird. (5285

Stellv. Generalkommando IX. A.-K.

Bekanntmachung.

In der nächsten Woche sind große Zufuhren von Herbstgemüse, besonders von Herbstweißkohl, zu erwarten. Die Verbraucher werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, die jetzigen großen Zufuhren zum Einkauf zu benutzen und aus dem Herbstweißkohl sich selbst Sauerkraut herzustellen. Es ist zweifelhaft, ob später Sauerkraut, von den Fabriken geliefert, zur Verteilung gebracht werden kann.

Lübeck, den 26. Oktober 1918. (5287

Städt. Obst- und Gemüsestelle.

Zentrale vom Roten Kreuz
Schildstraße 10, 2. Tür.

Neu eingetroffen: Adressen einsamer Soldaten im Felde und in den Lazaretten zur Sendung von Liebesgaben. Näheres siehe Nachrichtenteil. (5293

In den Regierungs-, Amts- und Kreisblättern ist eine Ergänzung der Verordnung betr.

Anzeigen in öffentlichen Druckschriften

vom 4. 6. 18 veröffentlicht, auf die hiermit hingewiesen wird. Danach sind Anzeigen unter Chiffre oder Deckadresse auch insoweit verboten, als sie Gesuche von Firmen enthalten, die Beschäftigung suchen. (5286

Stellv. Generalkommando IX. A.-K.

Achtung!
Sauerkohl für die Wintermonate!

Durch meine Kohlschneidemaschine ist jede Hausfrau in der Lage, selbst mühelos Sauerkohl einzuwiegen. Unterzeichneter empfiehlt

Weißkohl, sauber geputzt, fein geschnitten, 100 Pfd. 15 M.

Auch kleinere Bestellungen werden prompt erledigt.
Hochachtungsvoll

Karl Wunderlich,
Fünfhausen 16. 5292 **Tel. 8 1.**

General-Versammlung
der
Lübecker Vereinsbrauerei
e. G. m. b. H.
am Donnerstag, dem 21. November 1918
nachmittags 4 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Genehmigung der Bilanz und Abrechnung.
3. Wahlen: a) Vorstand, b) Aufsichtsrat.

(5282

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme beim Tode unseres lieben Entschlafenen danken innig

Familie Klatt.
Lichte Querstr. 16. (5291

Arbeiter und Arbeiterinnen
gesucht. Arbeitsstelle Lübeck.
5275) **Brandl,** Fahnstr. 1.

Handwerk sucht möbl. Zim.
mit Licht (Gas oder elektrisch). Stadtinneres bevorzugt. Angeb. unt. W K an die Exp. (5280

Zu kaufen gesucht (5274
Haushaltslumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Waisenhofstr. 25.
Telephon 2430.

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (5277
Große Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß, Uhrmacher,
Breite Straße 54 u. Hüxstraße 71.

Einlegesohlen
in Preisw. und Güte unübertroffen.
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung.
5281

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.
Montag abend 7 Uhr:
Polenblut.
Dienstag: Schwarzwaldmädel
Mittwoch: Polenblut.
5288

Zeitschriften aller Art.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband,
Zahlstelle Lübeck.

Außerordentliche
Mitglieder-Versammlg.
am Dienstag, dem 29. Oktober
abends 8¼ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1918.
2. Kartellbericht.
3. Wahl eines Bezirkskassierers.
4. Innere Verbandsangelegenheiten.

5284) **Die Lokalverwaltung.**

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19.
5283
Montag, den 28. Oktober
Volkstümliches Konzert
Anfang 7½ Uhr
Dienstag, den 29. Oktober
Die Straße nach Steinaych.
Eine ernsthafte Komödie in 3 Akten von Wilhelm Stücklen.
Anfang 7 Uhr.
5. Vorstellung im Dienstag-Abonnement.
Mittwoch, den 30. Oktober
Mignon.
Oper in 3 Akten v. A. Thomas
5. Vorstellung im Mittwoch-Abonnement.
Anfang 7 Uhr.

Nr. 253
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag, den 28. Oktober 1918

Rasche Verfassungsreform im Reichstag.

Die Militärautokratie gebrochen.

Binnen wenigen Stunden hat der Reichstag am Sonnabend die Verfassungsanträge der Mehrheitsparteien zum Gesetz erhoben. Ihr Inhalt besteht bekanntlich darin, die Kriegserklärung und alle Verträge mit fremden Staaten dem Reichstag zu unterstellen, die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers aus einem bloßen Wort zur Tatsache zu machen und das Heerwesen in die verfassungsmäßige Ordnung einzugliedern. Denn bisher standen Ernennung und Verabschiedung von Offizieren ganz außerhalb der Entscheidungsgewalt der verfassungsmäßigen Körperschaften und waren vollkommen der Willkür des Militärkabinetts ausgeliefert. Das hört nunmehr auf; wie in den süddeutschen Bundesstaaten wird nunmehr auch in Preußen der Offizier von einer Instanz ernannt und verabschiedet, die der Volksvertretung verantwortlich ist. Jetzt kann man endlich anfangen, den Kastengeist im Offizierkorps auszurotten.

Natürlich trifft diese Reform die Konservativen, deren Monopol auf die Offiziersstellen gebrochen wird, außerordentlich schwer. Sie versuchten es deshalb mit einer kleinen Obstruktion, die indessen an dem festen Entschluß der Mehrheitsparteien scheiterte, die Verfassungsreform sofort zu verabschieden.

Der konservative Fraktionsredner Graefe erwarb sich in der Debatte ein gewisses Verdienst, indem er durch seine Wutausbrüche die ganze Bedeutung des erzielten Fortschritts unterstrich. Er behauptete, daß die Armee diesen Eingriff als schwere Kränkung empfinde, wobei man unter Armee natürlich nur die Offizierkorps der feudalen Garderegimenter verstehen darf. Er jammerte, daß die allerhöchste Stelle zur Machtlosigkeit verurteilt werde, daß wir in Zukunft nur noch einen Schattenkaiser haben würden. Die Kommandogewalt der Krone sei restlos beseitigt. Russische Zustände in der Armee müßten die Folge sein.. Noch am Grabe pflanzte Herr von Gräfe die Hoffnung auf, daß die entscheidenden Stellen die Verfassungsreform nicht mitmachen würden.

Diese Hoffnung zerstörten Staatssekretär Gröber und der Kriegsminister Scheuch aufs gründlichste. Gerade die Reichsleitung legt Wert darauf, endlich die Konkurrenz eines verantwortungslosen Militarismus los zu werden.

Genosse Landsberg warnte in einer ausgezeichneten Rede die Junker, es zur gewaltsamen Auflehnung gegen ordnungsgemäß beschlossene Gesetze zu treiben. Er nahm das Wort der „Kreuzzeitung“ auf, daß es sich hier um den Geist von Zabern handle. Gerade dieser Geist, der uns vielleicht das deutsche Elsaß-Lothringen kosten wird, ist heute endlich — leider zu spät — ausgetrieben worden.

Die Unabhängigen hatten auch einige weitergehende Anträge gestellt. Aber sie konnten sich doch der außerordentlich großen Bedeutung des beschlossenen Verfassungsfortschrittes so wenig entziehen, daß sie jetzt zum erstenmal Ja statt Nein sagten. So blieben die Konservativen in ihrer Position gegen die Fortbildung der Reichsverfassung diesmal ganz allein.

In wenigen Stunden ist mit einer bloßen Parlamentsdebatte und einer Abstimmung die **Militärautokratie gebrochen** worden, deren Niederzwingung in anderen Ländern jahrelange blutige Revolutionen erfordert hatte. Die Freude an den jetzt erzielten Fortschritten ist deshalb nicht rein, weil erst die ungünstige Kriegslage die bürgerlichen Parteien dazu gebracht hat, diese alten sozialdemokratischen Anträge anzunehmen. Aber ungeheuer groß bleiben die erzielten Verfassungsfortschritte doch!

•

Berlin, 26. Oktober 1918.

197. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Payer, Gröber, Trimborn, Erzberger, v. Mann.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte

Siebenbürger (K.): Der „Vorwärts“ hat in der Nummer vom 25. Oktober bemerkt, an der Beratung über die Erhöhung der Mannschaftslöhnung im Ausschuß hätten sich die Konservativen nicht beteiligt. Ich stelle fest, daß weder dem Kollegen Nehbel noch mir eine Einladung zu dieser Sitzung zugegangen ist.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur

Abänderung des Artikels 11 der Verfassung, wonach zur Kriegserklärung und Friedensverträgen und Verträgen über Gegenstände der Reichsgesetzgebung die Zustimmung des Bundesrates und Reichstags erforderlich ist.

Hierzu liegt ein Abänderungsantrag der Mehrheitsparteien vor, wonach der Reichskanzler zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages bedarf und ferner für alle Handlungen des Kaisers von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Befugnis vornimmt, die Verantwortung trägt. Weiter wird bestimmt, daß die Ernennung, Absetzung, Beförderung und Verabschiedung von Offizieren und Beamten der Armee und Marine unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers erfolgt. Entsprechende Bestimmungen sollen auch für die Kontingente gelten, wo die Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents notwendig ist.

Graf Westarp (K.) zur Geschäftsordnung: Meine Freunde widersprechen der Beratung des Abänderungsantrages im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen. Abänderungsanträge sind bei der dritten Lesung zwar zulässig, hier handelt es sich aber nicht um einen Abänderungsantrag, sondern um den Vorschlag eines neuen Gesetzes. Die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen betreffen andere Materien als der Artikel 11.

Präsident Fehrenbach: In früheren Fällen ist die Frage der Zulässigkeit von Anträgen bei der dritten Lesung, d. h. also, ob die gestellten Anträge in wesentlicher Verbindung mit der Hauptfrage stehen, stets durch Mehrheitsbeschluß entschieden worden.

Gröber (Z.): Als die bekannte Lex Heinze vorgelegt wurde, wurden auch in der dritten Lesung zahlreiche Anträge zur Abänderung von anderen Bestimmungen des Strafgesetzbuches gestellt und niemand erhob einen Widerspruch dagegen. Bei einer Vorlage, welche die Verfassung ändern will, sind wir also formal im Recht, wenn wir auch noch andere Artikel der Verfassung abändern. Sachlich ist noch zu bemerken, daß die Materie weder für den Reichstag noch für die Öffentlichkeit neu ist. Sie ist schon vor anderthalb Jahren im Verfassungsausschuß eingehend beraten worden.

Graf Westarp: Bei den vom Abg. Gröber angeführten Fällen hat eben niemand widersprochen. Hier aber widersprechen wir und würden einen Mehrheitsbeschluß als einen Bruch der Geschäftsordnung auffassen.

Ebert (SD.): Bei Meinungsverschiedenheiten ist stets durch Mehrheitsbeschluß entschieden worden, und so muß auch heute entschieden werden. In der Sache selbst schließe ich mich vollkommen dem Abg. Gröber an. Das Haus hat in zahlreichen Fällen sich bei der Zulassung von Anträgen nicht auf einen so engen formalistischen Standpunkt gestellt. Ich erinnere nur daran, daß im Jahre 1900 bei Erledigung des Flottengesetzes eine Aenderung des Zolltarifs und Stempelgesetzes vorgenommen wurde. Wir handeln also bei Stellung unserer Abänderungsanträge durchaus im Sinne der Geschäftsordnung und bleiben in Uebereinstimmung mit ihren Bestimmungen.

Haase (USD.): Nach dem Wortlaut der Ueberschrift des Gesetzentwurfes: Abänderung des Artikels 11 der Verfassung, hat Graf Westarp recht. Wenn man aber bedenkt, daß es sich von vornherein nach der Absicht der Vorlage um Abänderung der Verfassung überhaupt handelt, haben die Herren von der Mehrheit recht. Meine Fraktion will deshalb keinen Widerspruch gegen die Zulässigkeit der Verhandlungen der Abänderungsanträge erheben.

Ebert (SD.): Meine Freunde sind niemals der Auffassung gewesen, daß der Titel eines Gesetzes entscheidend ist für die Umgrenzung der in dem Gesetz verhandelten Materie.

Die Geschäftsordnungsdebatte schließt. Gegen die Stimmen der Konservativen wird die **Zulässigkeit der Abänderungsanträge beschlossen.**

Müller-Meiningen (FVp.): Die Behauptung, daß unsere Anträge vom Ausland diktiert seien, kann nur Unwissenheit aufstellen. Alle die Anträge haben schon den Verfassungsausschuß beschäftigt. Für die rein platonische moralische Verantwortung des Reichskanzlers soll hier die staatsrechtliche juristische Verantwortung festgestellt werden. Wir vollenden hier, was unsere Väter gewollt haben. Wann die Handlung des Kaisers politische Bedeutung habe, das entscheidet der verantwortliche Reichskanzler. **Der Befehl des Durchmarsches durch ein feindliches Land, die Erklärung des U-Boot-Krieges** sind zum Beispiel zweifellos **politische Handlungen.** Auch alle administrativen Aktionen des Generalstabs und der einzelnen kommandierenden Generäle fallen nach unseren Anträgen unter die Verantwortung des Reichskanzlers. Vor allem auch das Militärkabinett, eine Einrichtung, über die selbst in weiten Kreisen des preußischen Militärs große Erbitterung herrscht. Das Militärkabinett soll wieder eine Personaleinteilung unter Verantwortung des preußischen Kriegsministers werden. Durch Einrichtung eines Reichs-Kriegsamts soll der willkürlichen Kasernenherrschaft ein Ende gemacht werden. Alle Bevorzugungen einzelner Kasten fallen damit in Zukunft, wie wir hoffen, fort.

List (NL.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den Anträgen. Das nationale Interesse gebietet, die neue Verfassung allerschleunigst geltendes Recht werden zu lassen, damit dem Ausland jeder Vorwand zur Behauptung genommen wird, eine Fortführung dieses Krieges richte sich gegen irgendwelchen Machthaber in Deutschland und nicht gegen das deutsche Volk.

Ein Abänderungsantrag Albrecht (USD.) kann nicht mit zur Debatte gestellt werden, da er nicht die nötigen Unterschriften hat.

v. Gräfe (K.): Vizekanzler v. Payer hat kürzlich gesagt, für staatsrechtliche Experimente sei im fünften Kriegsjahr kein Platz. Um so weniger berechtigt ist die Eile, mit der hier diese Anträge behandelt werden sollen. Die Anträge haben die weitestgehenden Konsequenzen. Schon erwägt man eine Aenderung des Fahneneides, eine Unterstellung des Großen Generalstabes unter den Reichskanzler. Das wäre allerdings die logische Konsequenz dieser Anträge. Daher können sie nicht in dieser Eile erledigt werden. Die Unterstellung des Reichskanzler unter den Willen der Mehrheit des Reichstages würde auch die Unterstellung der preußischen Stimmen im Bundesrat unter diese Mehrheit in sich schließen. Damit berauben Sie Preußen seines bisherigen Einflusses im Bundesrat. Das ist eine vollständige Umformung, eine völlige Entrechtung Preußens. Es wäre unverständlich, wenn der Bundesrat dem ohne weiteres zustimmen würde. Der Reichstag soll dann auch entscheiden, was politische Handlungen des Kaisers sind. Das muß zu ständigen Konflikten führen. Die Kommandogewalt der Krone soll hier restlos beseitigt werden, und zwar nach der ausgesprochenen Absicht der Antragsteller. Was Wilson so ausgedrückt hat: „wenn es nicht möglich ist, die höchste Stelle zu beseitigen, so macht sie tatsächlich wirkungslos“, das wollen Sie jetzt tun, und das soll man als alter Soldat, als alter Preuße und Deutscher mitmachen. Charakteristisch ist, daß Herr Müller-Meiningen für seinen Kontingentherren eine Extramusik haben, den König von Bayern dem Reichskanzler nicht unterstellen will. Früher haben Sie bestritten, daß sie das Königtum zu einem Schattenkönigtum herabdrücken wollen. Heute aber sind Sie so weit. Tun Sie das freiwillig oder weil Wilson es fordert? In England und Frankreich ist man zur Diktatur übergegangen. Wir dagegen verlassen die einheitliche Zusammenlegung der Armee, dabei müssen wir zu russischen Zuständen in der Armee kommen. Und welche Erbitterung muß es bei den Feldgrauen auslösen, wenn das persönliche Band zwischen ihnen und dem obersten Kriegsherrn zerrissen wird. Die Armee empfindet diesen Eingriff als schwere Kränkung und ich bin überzeugt, daß die maßgebenden Stellen das nicht mitmachen werden. Sie berufen sich auf die militärischen Stellen nur, wenn es Ihnen paßt. Wie Hindenburg aber über die Wilson-Note denkt, erfährt das freie Volk unter der demokratischen Regierung nicht. Ich vertraue, daß die allerhöchste Stelle sich nicht zu solcher Machtlosigkeit verurteilen lassen wird. Das monarchische Gefühl werden Sie dem deutschen Volke nicht aus dem Herzen reißen. Die Art, wie der Abgeordnete Cohn gestern gesprochen hat, wird auch in den sozialdemokratischen Kreisen die Mauer derer verstärken, die sich vor die Person des Kaisers stellen. Wie die Besprechungen der Wilson-Note hier abgeschnitten wurde, bevor die Sache erledigt ist, erweckt den Anschein, daß Sie vor weiteren Verhandlungen mit Wilson ihm erst den Köder hinwerfen wollen, daß Sie die Krone absolut ohnmächtig gemacht haben. Von der äußersten Linken begreifen wir das, die anderen aber werden diesen Schritt noch bitter bereuen.

Staatssekretär Gröber: Wenn die Anträge Annahme finden, wird die Reichsleitung im Bundesrat für sie eintreten. Zunächst handelt es sich um die Mitwirkung des Reichstages bei der Entscheidung über Krieg und Frieden. Gerade dieser Krieg beweist, daß ein einzelner und mag er noch so hervorragend und gewissenhaft sein, die Verantwortung für einen Krieg nicht tragen kann. Sie muß vom ganzen Volke getragen werden. Heute kann ein Krieg nur geführt werden, wenn er ein wahrer Volkskrieg ist. Daß der Reichskanzler das Vertrauen des Reichstages bedarf, ist lediglich die Formulierung seiner eigenen Erklärung, daß er zur Führung seines Amtes des Vertrauens der Mehrheit sicher sein müsse. Die Ausdehnung der Verantwortung für alle Handlungen des Kaisers gebricht heute schon einer richtigen Auslegung. So ist z. B. die Entsendung von Truppen nach Finnland

---

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

36. Fortsetzung.

Der Wagen durchquerte die Straßen, bahnte sich bald einen Weg durch wimmelnde Menschenmassen und ratternde Fuhrwerke aller Art, bog wieder in enge Nebengassen ein, in denen vornehme Häuser still träumten, ließ prunkvolle Paläste ebenso gleichgültig hinter sich wie die kahlen, hohen Mietskasernen der Arbeiterviertel, sah in den Laubenkolonien lustige Fähnlein flattern und hielt schließlich, seinen Lauf mit verblassendem und dann sich sterbendem Geräusch und ohne ermüdet zu sein einstellend, vor einem großen Fabrikgebäude, in dessen blinden Fenstern sich die Sonne spiegelte.

Im Fabrikkontor begrüßte Lucie zunächst der neue Direktor, ein noch junger Mann, dessen Umgangsformen jene verhaltene, spröde Eleganz gut erzogener Menschen eigen war, die sie liebte.

Sie dankte ihm mit ein paar freundlichen Worten und bat ihn, sich dem Rundgang durch die Fabrik anzuschließen.

Die Beamten erröteten alle, sobald Lucie sie ansah oder ansprach, und in ihren Verbeugungen und in ihren gestammelten Antworten war viel des Ungeschickten und Lächerlichen, so, als drücke der Anblick der schönen jungen Frau ihre Demut ebenso herab, wie sie ihren Stolz darüber, daß sie sie sehen durften, steigerte.

Der Direktor erwies sich bei seinen Erklärungen nicht als ein nüchterner Fachmensch, der langweilte, sondern als ein scharmanter Plauderer, dem es gelang, Trockenes interessant und dennoch verständlich zu machen und Zahlen einen Hauch von Leben einzuhauchen, und Lucie war dankbar genug, ihm aufmerksam zu folgen.

Lucie entzückte alle, die sie sahen, wohingegen es zu merken war, daß Reisner, der neue Chef, es noch nicht verstanden hatte, sich die Sympathien der Leute zu erwerben, denn man begegnete ihm überall mit einer Höflichkeit, der ein gut Teil Zwang und Furcht beigemischt war.

Selbst der Direktor verhielt sich ihm gegenüber leis zurückhaltend, wenn auch in einer Form, die Ueberlegenheit genug besaß, es kaum zu zeigen.

Er war ein Mann der verbindlichen und beherrschten Geste, während Reisner dort, wo er zu befehlen hatte, starr und finster war und jene bewußte Wortkargheit zeigte, die Feinde ebensowenig fürchtete, wie sie Freunde wünschte. Seine Haltung war die eines ewig defensiven Kämpfers, der doch, um einem etwaigen Schlag zuvorzukommen, immer bereit ist, anzugreifen.

Lucie entging das nicht und sie stellte auf der Heimfahrt ihren Mann dieserhalb zur Rede: „Du kennst noch nicht die beste und leichteste Art, die Menschen zu nehmen. Man soll ihnen mißtrauen, ja, aber man soll es ihnen nicht zeigen. Denn ein Mißtrauen, das im vorhinein da ist, ruft oft Angriffe, die nie erfolgt wären, hervor. Man soll die Menschen mit einem spielenden Lächeln überwinden, das um Verzeihung zu bitten scheint. Dann entgeht man ihrem Haß.“

„Das liegt im Blut,“ entgegnete Reisner, „man kann es oder man kann es nicht.“

„Man lernt es auch,“ schmeichelte sie, „und ich werde es dich lehren.“

Der Einzug in ihr Heim gestaltete sich ebenso phrasen- und prunklos, wie der ganze Tag verlaufen war. Sie trafen ein und waren da, das war alles.

Prokop machte seine stumme Verbeugung so wie immer, nur daß er sich jetzt nach zwei Seiten hin verbeugte. Allein die weiblichen Bediensteten hielten es für angebracht, ein Besonderes zu tun, doch Lucie schnitt ihrer feierlichen Begrüßung lachend das Wort ab, indem sie erklärte, sie habe Hunger und fragte, ob es etwas Eßbares gebe.

Sie begaben sich in das Speisezimmer, für dessen Tisch man die Rosenstöcke im Garten geplündert hatte. Der Duft der Blumen hatte etwas Schwül-Kaltes, doch ging ein starker Reiz von ihren Farben aus, die in ihrer Schattierung vom blassesten Weiß bis zum dunkelsten Rot ein Bild erstarrter und unbefleckter Schönheit gaben.

Prokop bediente, und es machte den Eindruck, als ob er, der bislang immer nur Herren das Dasein bequemer gemacht hatte, seinen Ehrgeiz darein setze, auch eine Dame zufrieden zu stellen, was ihm auch vollauf gelang.

„Das ist ein Mensch, um den ich dich beneide,“ sagte Lucie, „denn es wird mir nie gelingen, ihn auf meine Seite zu ziehen.“

„Ich hoffe es,“ erwiderte Reisner, und sein Scherz hatte diesmal eine kaum merkliche Beimischung von Ernst.

Das Mahl war einfach, aber es mundete, weil es bei ihm darauf ankam, wirklich zu essen und nicht bloß zu kosten.

Als Tischgetränk gab es alten Rheinwein, mit dem sich Reisner den Keller gefüllt hatte, seit er es in Tirol gelernt hatte, zu trinken.

Sein Duft vermengte sich mit dem der Rosen und nahm auch die Würze an, die die reine Nachtluft durch die offenen Fenster hereinwehte: den süßen Geruch der draußen vor dem Hause blühenden Linden.

„Ist es mehr, waren wir im Mai wirklich noch unter Fremden,“ sagte Reisner, „unter Menschen, die uns gleichgültig waren und die uns höchstens interessierten, wenn wir sahen, wie ungeschickt sie uns bestahlen?“

„Wir werden es wieder sein,“ antwortete Lucie, „längstens in einem Jahre, wenn unsere Nerven wieder nach diesen Menschen schreien werden, die, wenn sie uns bestehlen, uns immerhin ein Vergnügen machen, das beruhigt, weil es belustigt.“

Reisner führte Lucie in ihr Zimmer.

Es war kokett eingerichtet, ohne daß es süßlich wirkte, eine Tönung lässiger Behaglichkeit und fröhlicher Jugend war darin.

Die Vorhänge ließen das Licht nur gedämpft herein. Aber auch das künstliche Licht konnte man dermaßen abschwächen, daß das Zimmer nur von einem fahlen Schimmer überhaucht war, denn es gab einen Leuchtkörper, dessen Birne, versteckt und wie gefangen, von dickem blauen Glas umgeben war.

Dieses Licht schalteten sie nun ein.

Lucie streckte sich auf der Ottomane aus, stützte den Kopf in die Hand und hieß ihren Mann sich neben sie setzen: „Komm, erkläre mir jetzt deine Liebe.“

Es schien, als ob ihm dieser Ton zu dieser Stunde nicht recht gefalle, und er antwortete mit einem nervösen Beben in der Stimme: „Dein Sinn ist — auch jetzt — noch so . . . . leicht?“

Sie nickte. „Leicht und heiter, — und soll er es nicht so bleiben?“

Er umfaßte sie und flüsterte ihr Worte zu, die erkennen ließen, welch geheime Bangigkeit in ihm war: „Liebst du mich? Wirst du mich jemals lieben?“

„Sieh mich an!“ sagte sie einfach.

Er versuchte es, in ihren Augen zu lesen, deren Ruhe so groß und fest war, daß sie nicht erschüttert werden konnte, — nie und durch nichts, dachte er bei sich. „Ich bewundere dich,“ sagte er.

„Denkst du an die Vergangenheit?“ fragte sie ihn.

„Ich muß an sie denken, — sie verfolgt mich, — manchmal, — und gerade jetzt, . . . wo ich am Ziele bin!“

„Am Anfang,“ verbesserte sie ihn, „denn nur am Anfang bist du, und du mußt beweisen, daß du stark genug bist, auch an das Ziel zu kommen.“

„Was ist das Ziel?“

„Wir haben ein gleiches Ziel? das, was wir schuldig geworden sind, zu bezahlen . . . Das ist unser Ziel!“

„Was wir schuldig geworden sind —?“

Sie streichelte ihn mit einem zärtlichen Ernst. „Das, was du die Vergangenheit nennst, ist nichts anderes als der Wechsel, den wir auf die Zukunft gezogen haben und den wir einlösen müssen . . . Wir haben Böses getan, ja, — jetzt müssen wir beweisen, daß wir das Recht hatten, dieses Böse zu tun!“

Fortsetzung folgt.

nicht nur von militärischer, sondern auch von großer politischer Bedeutung. Das gleiche gilt für die Behandlung der besetzten Gebiete und ihrer Bevölkerung. Dem Reichstage gegenüber muß dafür eine verantwortliche Stelle vorhanden sein. Ich erinnere an den Artikel des Fürsten Bismarck vom 24. Februar 1887 in der „Post“, worin er es als einen Irrtum bezeichnet, daß die Leitung der Politik dem Gesichtspunkte des Generalstabes unterworfen sei und nicht umgekehrt. Auch Fürst Bülow hat am 19. Januar 1913 erklärt, daß er in weitem Rahmen die Verantwortung für die Rückwirkung persönlicher Kundgebungen übernehme. In der Frage der Erklärung des unbeschränkten U-Bootkrieges hat Bethmann-Hollweg es für notwendig gehalten, sich Deckung bei dem Reichstag zu verschaffen. Einige Fragen, die jetzt aus der Kommandogewalt den Kaiser ausschalten, sind in Sachsen und Württemberg ähnlich geregelt worden. Das persönliche Treueverhältnis der Offiziere zum Monarchen wird dadurch nicht geändert. Es hängt nicht ab von staatsrechtlicher Regulierung, sondern es ist ein Herzens- und Pflichtbedürfnis vom Standpunkt des Offizierskorps. Die Württemberger und sächsischen Offiziere lassen sich in ihrer Treue für ihren Monarchen von niemandem überbieten.

Vizepräsident Dove teilt mit, daß die Anträge Albrecht and Genossen jetzt die genügende Zahl von Unterschriften gewonnen haben, also mit zur Debatte stehen. Diese Anträge wollen den Bundesrat bei der Entscheidung über Krieg und Frieden ganz ausscheiden und außerdem in jedem Bundesstaat das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen im Alter von über 20 Jahren einführen, die fünfjährige Legislaturperiode durch eine einjährige ersetzen und verlangen vom Reichskanzler alljährlich schriftliche Berichte.

Landsberg (Soz.): Die Anträge Albrecht beantrage ich, dem Verfassungsausschuß zu überweisen. In unserem Antrag kommt der neue Grundsatz zur Geltung, daß die Regierungsgewalt in entscheidenden Punkten durch die Vermittlung des Reichstages in die Hände des Volkes gegeben werde. Das Schwergewicht der Einwendung des Abg. Gräfe richtete sich nur gegen unseren Antrag zu § 53 (Ernennung von Offizieren usw.). Er hat also nicht einmal gewußt, daß in Bayern, Sachsen und Württemberg jetzt bereits die Unterzeichnung des Kriegsministers nötig ist. Sein heutiges Argument gegen die Anträge war die zu schwache Besetzung des Bundesratstisches. Ich begreife es, daß die Herren Staatssekretäre andere Geschäfte für wichtiger halten, als das Anhören einer Rede des Abg. Gräfe. Er behauptete, die Linke habe früher einmal bestritten, daß das parlamentarische System zum Schattenkönigtum führe. Ich stelle richtig, daß ich es war, der bei einer Rede des Abg. Gräfe über dieses Thema ihm zurief: Eduard VII.! Und damals antwortete er, und hat damit das parlamentarische Regime gründlich gerechtfertigt: Was wollen Sie, das war auch ein tüchtiger Kerl! (Schallende Heiterkeit.) Also ein tüchtiger Mann wird durch das parlamentarische System nicht verhindert, Tüchtiges zu leisten, wohl aber ein untüchtiger Mann, Unheil anzurichten! Die „Kreuzzeitung“ schreibt gegen unsere Anträge, es zeige sich in ihnen der Geist von Zabern. Das ist eine Kühnheit sondergleichen. Hat doch uns allen hier das Herz geblutet, als der Vertreter des kerndeutschen Elsaß sich hier vom Reich losgesagt hat. In Frankreich ist die Trennung von Kirche und Staat unter schweren Kämpfen durchgesetzt worden. Trotzdem sehnen sich die überwiegend katholischen Elsässer nach Frankreich und wollen Deutschland den Rücken kehren. Das ist die Folge des Systems von Zabern! Diesem Geist sind wir zu vertrauen willens, und unsere Anträge sind das erste, aber nicht das letzte Zeichen unseres Willens. Sie sind geboren aus dem Glauben an unser Volk und an seine Zukunft. Nationen, denen das Kriegsglück versagt war, sind schon wieder erstarkt, und wir haben den festen Glauben, daß auch unser Volk sich wieder aufrichten wird. Das wird aber nur geschehen können, wenn es die Fehler abstellt, die zum Niedergang führten. Durch unsere Verfassungsänderung erklären wir: wir verlegen den Staat in das Volk. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, sie könne sich noch immer nicht denken, daß die Hohenzollern und die Regierung zustimmen, und die Kreise, denen Treue zu Kaiser, Reich und Hindenburg nicht leere Worte sind, dadurch zum Aeußersten treiben werden. Man will sich also verfassungsmäßig zustandegekommenen Gesetzen gewaltsam widersetzen. Die Armee wird gegen die Regierung ausgespielt, und das Echo hörten wir hier, als Gräfe ausrief: „Die Armee wird sich diese Aenderung der Verfassung nicht gefallen lassen.“ Das ist eine unerhörte, eine ruchlose Aeußerung. Ein Mann, der das sagt, hat nicht das geringste Verständnis für unser Volk, und wenn er es hat: Wie ist das Gewissen dieses Mannes beschaffen? Die Armee soll die Freiheit des Volkes schützen, nicht aber vernichten. **Diejenigen, die mit dem Gedanken des Appells an die Gewalt spielen, spielen Vabanque.** Keiner von uns will einen Frieden der Schmach, einen Frieden der nationalen Zerstückelung. Bricht die Front im Westen zusammen, so haben wir unser Schicksal nicht mehr in der Hand, so sind wir ausschließlich Objekt der Friedensverhandlungen. Und die Front muß zusammenbrechen, wenn im Inland der Bürgerkrieg tobt. Hier ist eine Mehrheit an der Arbeit, die gewillt ist und Kräfte haben wird, der Freiheit des deutschen Volkes einen Weg zu bahnen, und niemand darf diese Mehrheit an der Arbeit hindern, und niemand wird sie hindern können. Einer Volksmehrheit, die unterdrückt ist, bestreite ich nicht das Recht auf Revolution, niemals aber hat eine Minderheit das Recht der bewaffneten Erhebung zur Verhängung der Diktatur, und am wenigsten dann, wenn ihr eine erfolgreiche Mitarbeit am Bau des Volkes möglich ist.

Bernstein (Unabh. Soz.): Die Anträge sind nur Halbheiten, denn die Zuziehung des Bundesrats zu den Entscheidungen über Krieg und Frieden ist überflüssig und entzieht die Entscheidung dem Volke. Wir unterstützen selbstverständlich den föderativen Charakter des Reiches. Es fragt sich, was entscheidend sein soll, das alte historische Recht, oder das heute lebendige Recht der Völker. Die Völker müssen zu einer ganz neuen Beurteilung in der Frage der Beziehungen zu einander erzogen werden. Durch die Anträge über die Kommandogewalt wird wenig an den bestehenden Zuständen geändert. Der Kaiser behält schließlich doch das Heft in Händen. Die Aeußerungen des Kaisers beweisen, daß seine Tendenz dahin geht, aus der Armee einen Sonderkörper zu machen. Die Früchte dieses Geistes, der in den Reserveoffizieren großgezogen ist, erleben wir ja noch. Durch die Gegenzeichnung des Reichskanzlers wird an diesen Zuständen wenig geändert werden. Wir werden nicht gegen den Antrag stimmen, aber wir täuschen uns nicht über seine Tragweite. Die Ueberweisung unserer Anträge an den Verfassungsausschuß scheint ihr Begräbnis bedeuten zu sollen. Wir beantragen u. a. die Beseitigung des Rechts der Krone, den Reichstag aufzulösen. Wilson lehnt es ab, mit denen zu verhandeln, die jetzt an der Spitze des Deutschen Reiches stehen. Dem müssen wir entgegenkommen, wenn wir überhaupt einen Frieden haben wollen. Wenn die Agitation des Aufrufs zur nationalen Verteidigung weitergeht, so werden wir die Volksmassen dagegen aufrufen. Zu den Persönlichkeiten, die sich heute wieder in den Vordergrund drängen, gehört auch der General Keim. Er ist einer derjenigen, die mitgearbeitet haben an der Herbeiführung der Situation, die zu diesem Kriege geführt hat. Dieser Herr bezieht seit Anfang dieses Jahrhunderts von einer unserer ersten Rüstungsfirmen ein sündiges Gehalt. Ich stelle das hier fest, um der Agitation dieses Herrn ein Ende zu machen. General Keim ist nicht der einzige General, der von dieser Firma ein Gehalt bezieht. Sollte die Agitation dieser Leute Erfolg haben, dann fällt auf sie die ganze Verantwortung alles Kommenden.

Kriegsminister v. Scheüch: Ich kann in Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Staatssekretärs Gröber nach reiflicher Prüfung der vorliegenden Anträge in der Form, die sie gefunden haben und an ihrem Inhalt nichts mehr finden, was eine Gefährdung des festen Gefüges unseres Heeres verursachen könnte. Im besonderen wird das persönliche Verhältnis zwischen König und Offizieren durch die Anträge nicht berührt.

Damit schließt die Debatte.

Die Anträge Albrecht (Unabh. Soz.) werden gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Konservativen dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Die Verfassungsänderungen werden nach den Anträgen der Mehrheitsparteien gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. Für die Anträge stimmten auch einige Mitglieder der Deutschen Fraktion.

Der Präsident wird ermächtigt, Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzulegen.

Schluß gegen 6 Uhr.

Die Börse.

Seit dem Abfall Bulgariens hat die Börse einen Kurssturz erlebt, wie er ganz selten ist. Und doch kann trotz vorübergehender Erholungen noch nicht gesagt werden, daß die Abwärtsbewegung an ihrem Ende angelangt ist.

In allen Kriegen von langer Dauer hat sich bisher dasselbe Bild entwickelt: der Staatsbedarf drängte zur unbegrenzten Ausgabe neuen Geldes, das von den ersten Lieferanten, den unmittelbaren Kriegsgewinnern aus die ganze Gesellschaft durchdrang und nur vor den Taschen der Festbesoldeten Halt machte, die mit ihrem fixen Einkommen jenseits der neuen Einkommensverteilung aber noch mitten in der zu solchen Zeiten eintretenden Preisrevolutionen stehen.

Diese Preisrevolutionen sind die notwendige Folge der Massenausgabe neuen Geldes, das nach Anlage und Verwendung sucht, während das Warenangebot infolge des gewaltigen Kriegsbedarfs — der Krieg ist der größte Verbraucher sagt schon Cobden — immer mehr zurückgeht. Zugleich suchen die vermögenden Kreise nach einer Anlage für ihre alten und neuen Kapitalien. Bei der verteuerten Lebenshaltung und der allgemein künstlich gereizten Gewinngier genügt der ausschließliche Rentenerwerb nicht mehr. Der Wunsch entsteht, durch unmittelbare Beteiligung an ihrem Nutzen teil zu haben und erstreckt sich auch auf die kleineren Kapitalisten, die als Außenseiter keinen anderen Weg zur Teilnahme an der Kriegskonjunktur sehen als eine Beteiligung an bestehenden Unternehmen. Die einladendste, weil bequemste Form einer solchen Beteiligung ist der Kauf von Aktien.

So kamen für die Börse Hochgezeiten. Als sich die Kriegskonjunktur allmählich auf die ganze Industrie erstreckte und zugleich die Summe der verfügbaren Kapitalien anschwoll, begannen sich die Kurse fast aller Papiere zu heben und diese Tendenz wurde noch gefördert durch die Agiotage in etwas derberer Sprache: Kurstreiberei.

Banken und Bankiers kauften größere Aktienposten, die sie zu steigenden Kursen unterbrachten, indem sie ihre Kunden zu Käufen ermunterten. Schließlich war es nicht mehr die Kapitalsanlage, sondern das Streben nach den bei der üppigen Agiotage entstehenden großen Zwischengewinnen (Differenzen), was zur Beteiligung am Börsenspiel verleitete. So standen — mitten im Kriege mit seinen gewaltigen politischen, militärischen und geschäftlichen Risiken — Lemberg bei einer Dividende von 8 Proz. im Mai auf 550 Proz., das einer Rentabilität von 1,5 Proz. entspricht; Ver. Glanzstoff (Elberfeld) erreichten bei einer Dividende von 20 Proz. vorübergehend einen Kurs von fast 900 Proz., was einer Rentabilität von 2,3 Proz. entspricht. Gewiß sind das ganz besonders krasse Beispiele, aber sie illustrieren die allgemeine Tendenz vortrefflich. Im großen und ganzen schwankte die Rentabilität zwischen 5 bis 8 Proz., was trotz des ungleich größeren Risikos nicht wesentlich mehr als die Rentabilität der Kriegsanleihe ist. Das beweist schlagend, daß es sich nicht um Kapitalsanlage, sondern um typisches Börsenspiel, Agiotage, gehandelt hat. Als weiteres besonders krasses Beispiel sei die Hausse in „Friedenswerten“, besonders Schiffahrtsaktien, erwähnt, die zum Teil einen Kurs von mehreren hundert Prozent erreichten, obwohl sie seit vier Jahren keine Dividende getragen haben und nicht einmal Bilanzen veröffentlicht wurden.

Als mit dem Abfall Bulgariens der Zusammenbruch kam, stürzte das Kursgebäude jäh zusammen und wenn sich früher die Käufer die Aktien aus der Hand rissen, so warfen sie sie jetzt mit allen Zeichen des Abscheus auf den Markt, wo keine Nachfrage bestand. Durch längere Zeit kam die Mehrzahl der an der Berliner Börse gehandelten Papiere nicht zur Notiz, einzelne wurden durch mehr als eine Woche nicht notiert. Die Kursabstriche betragen in der Regel 100 Proz., gelegentlich aber auch einige Hundert. Die Verluste gehen in die Milliarden!

Beschleunigt und verstärkt wurde dieser Zusammenbruch dadurch, daß Banken und Bankiers entgegen den eindringlichen Warnungen der Reichsbank Kredit zum Aktienkauf gegeben haben und natürlich ihre Kunden zum Verkauf drängen mußten, wenn der Einschuß durch den Kurssturz fast aufgezehrt war.

Schließlich hat sich ein Interventionssyndikat von Großbanken gebildet, das in 24 Werten, besonders Montan- und Schiffahrtsaktien sowie in Farbwerten Stützungskäufe vornahm, um die Panik einzuschränken und Angstverkäufe der Kapitalisten zu verhüten. Seine Tätigkeit hatte nur begrenzten Erfolg.

Der Zechenverband anerkennt die Bergarbeiterorganisationen.

Diese hochbedeutsame Tatsache wird durch die neueste Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ weiteren Kreisen bekannt. Was von den Interessenvertretungen der Bergarbeiter seit 25 Jahren vergeblich angestrebt wurde, jetzt ist es erreicht. Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Interessengruppen haben bereits stattgefunden, haben einen befriedigenden Verlauf genommen und weitere Verhandlungen werden folgen. Ueber das Zustandekommen und den Verlauf der Sitzung bringt die „Bergarbeiter-Zeitung“ einen ausführlichen Bericht, dem wir folgendes entnehmen:

Der preußische Handelsminister hatte den Bergarbeitern versichert, daß eine Lohnzulage von 1,25 Mk. für Gedingarbeiter, 1 Mk. für Schichtlöhner (immer pro Schicht) eintreten werde. Diese Erklärung des Ministers hatte dank ihrer unglücklichen Fassung Anlaß zu unabsehbaren Streitigkeiten bei den Schiedsgerichten, innerhalb der Arbeiterausschüsse und Belegschaftsversammlungen gegeben. Dazu kamen weitere Beschwerden der Bergarbeiter über sonstige Mißstände im Arbeitsverhältnis. Die hierdurch unter den Bergarbeitern erzeugte Mißstimmung schien den Vorständen der vier Bergarbeiterverbände doppelt gefährlich in einer Zeit, wo die Förderung der Kohle im Interesse der Allgemeinheit keine Stockung erfahren darf. In einer gemeinsamen Eingabe an den Zechenverband ersuchten deshalb die Vorstände der vier Bergarbeiterorganisationen (Freie Gewerkschaft, Christlicher Verband, Polnische Gewerkschaft und Hirsch-Dunckersche) um Verhandlungen über die oben angeführten Streitpunkte. Der Zechenverband stimmte zu.

Die Verhandlungen haben am 18. Oktober stattgefunden; sie erstreckten sich fast auf alle Punkte des Arbeitsverhältnisses, als da sind u. a.: allgemeine Lohnfragen, Ueberschichten, Arbeiterbehandlung, Strafwesen, Arbeitsleistung, Zwangsarbeitsnachweis, das Verhältnis zu den Gelben, gewerkschaftliche Tätigkeit der Bergarbeiter, Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation. Alles Punkte, über die bisher die Zechenbesitzer vollkommen selbstherrlich verfügten. In der dringlichsten Angelegenheit, der Lohnfrage, kam es zu folgender Vereinbarung:

„Der Geschäftsführende Ausschuß des Zechenverbandes erklärt, mit Nachdruck dafür eintreten zu wollen, daß die gelegentlich der letzten Kohlenpreiserhöhung zugesagte Erhöhung der Durchschnittslöhne statt im Dezemberlohn schon im Oktoberlohn voll eintritt!“

So sehr dieser Beschluß im Interesse der schwerarbeitenden Bergarbeiter, gerade jetzt in der Zeit ungeheurer Teuerung, zu begrüßen ist, wichtiger noch ist die grundsätzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation durch die Werksvertreter, welche in dieser Beziehung erklärten: Indem wir uns heute mit den Gewerkschaftsvertretern über die Arbeitsverhältnisse besprechen und auch bereit sind, weitere Besprechungen folgen zu lassen, haben wir tatsächlich die gewerkschaftlichen Organisationen als Arbeitervertretung anerkannt.

Unter den anwesenden Werksvertretern finden wir Namen, deren Träger wir bisher als unentwegte „Scharfmacher“ anzusprechen gewohnt waren: Hugenberg (Firma Krupp), Kirdorf, Stinnes, Althoff usw. Mit starrem Sinn haben diese Industrieherren bisher jede Verhandlung mit den Vertretern der Arbeiter als „unberechtigte Einmischung“ in ihre Befugnisse abgelehnt; sie wollten die absoluten Herrscher in ihren Werken sein und bleiben, die allein über „ihre“ Arbeiter zu verfügen hätten. Erst der Krieg mit seinen Nöten und zunehmenden Sorgen und Schwierigkeiten auch für die großen Industrieherren mußte kommen, diesen Wandel herbeizuführen.

Aber nichtsdestoweniger darf man sich im Interesse der Arbeiter und der Allgemeinheit dieser Wandlung freuen. Das Eis ist gebrochen, die Bergherren anderer Reviere werden folgen, die staatlichen Grubenverwaltungen können selbstverständlich nicht zurückbleiben; und der übrige Rest selbstherrlicher Industrievertreter muß einlenken. Die Aera des Absolutismus ist in Deutschland endgültig vorbei, auf dem Gebiete der Politik sowohl wie auf dem wirtschaftlichen.

Aus der Partei.

Aus der Schweizer Sozialdemokratie. Von der Redaktion der „Berner Tagwacht“, die er zehn Jahre leitete, ist Nationalrat Robert Grimm zurückgetreten, um als festbesoldeter Stadtrat die Leitung der städtischen Regiebetriebe zu übernehmen. Er hat seine neue Stelle bereits am 16. Oktober angetreten. An die Stelle Grimms in der Leitung der „Berner Tagwacht“ tritt der bisherige Bundeskorrespondent der schweizerischen sozialdemokratischen Presse, Hans Vogel.

Aus Nah und Fern.

Weitere Einschränkungen im Eisenbahnverkehr stehen aus Anlaß der Grippe-Epidemie bevor. Wolff meldet amtlich aus Berlin: Der Minister der öffentlichen Arbeiten gibt folgendes bekannt: Die zahlreichen Erkrankungen an der Grippe wirken schon seit längerer Zeit in ganz empfindlicher Weise auf den Eisenbahnbetrieb ein. Dank der inzwischen durchgeführten Zugeinschränkungen konnte bis jetzt den Anforderungen des Verkehrs noch einigermaßen entsprochen werden. Die starke Zunahme der Erkrankungen — es sind gegenwärtig **45 000 Bedienstete im Betriebe der preußisch-hessischen Staatseisenbahn infolge Grippe dienstunfähig** — erfordert aber schleunigst die **Aufhebung weiterer** Züge zur Gewinnung von Lokomotiv- und Zugbegleitpersonal, um ernste Schwierigkeiten bei der Abwicklung des kriegswichtigen und des Nahrungsmittelverkehrs, insbesondere bei der Kartoffelversorgung, abzuwenden. Da für Schnellzüge jetzt schon nur 25 v. H. der Zugkilometer des letzten Friedensfahrplanes gefahren werden, können hier Einschränkungen von Erfolg nicht mehr vorgenommen werden, zumal da diese Züge zum weitaus größten Teil dem Militärverkehr dienen. Bei dem Ernst der Lage sah sich die Eisenbahnverwaltung daher genötigt, nunmehr **auch die Personenzüge erheblich einzuschränken** und einen großen Teil der zurzeit fahrenden Züge vorübergehend aufzuheben. Bei diesen Einschränkungen wird nach Möglichkeit auf die Schonung des amtlichen Berufsverkehrs, sowie des Verkehrs für die Rüstungsindustrie Rücksicht genommen werden, im Hinblick auf die zwingenden Gründe müssen aber auch hier Einschränkungen der Anforderung an den Verkehr eintreten. Die Eisenbahnverwaltung erwartet von den amtlichen Stellen und den Vertretungen der Rüstungsindustrie, daß sie der schwierigen Lage Rechnung tragen und durch zweckentsprechende Maßnahmen auf den eingeschränkten Fahrplan Rücksicht nehmen. Im Berliner Stadt-, Ringbahn- und Vorortsverkehr soll zunächst noch von Einschränkungen abgesehen werden. Die vorläufig nicht mehr verkehrenden Personenzüge werden von den Eisenbahndirektionen bekanntgegeben. Es ist mehr denn je Pflicht eines jeden, die von der Eisenbahnverwaltung wiederholt ergangene Mahnung zu beherzigen und nur dann zu reisen, wenn unabweisbar zwingende Gründe vorliegen.

Eine erschütternde Familientragödie hat sich in Neukölln abgespielt. In dem Hause Hobrechtstraße 67 wohnte der 43 Jahre alte Obervoltassistent Reinhold Kulmey mit seiner ein Jahr jüngeren Frau und seinen drei Kindern Heinz, Trautchen und Kurt, im Alter von 7 bis 12 Jahren. Zwischen den Eheleuten kam es vor einigen Tagen zu Streitigkeiten. Frau Kumey verließ ihre Familie und zog zu Verwandten. Als sie Sonnabend vormittag noch einige Kleidungsstücke aus der Wohnung, zu der sie die Schlüssel besaß, holen wollte, strömte ihr ein starker Gasgeruch entgegen. Auf dem Korridor lag ihr Mann tot und als sie die Stube betrat, fand sie auch ihre drei Kinder in den Betten tot auf. Der Vater hatte seine Kinder und sich selbst mit Gas getötet.

Eisenbahnunglück in Ungarn. Auf dem Semliner Linie ereignete sich Sonnabend nacht ein schweres Eisenbahnunglück. Vor der Station Bareza-Topla fuhr ein Personenzug in einen Güterzug hinein. 15 Personen wurden getötet, 26 schwer verletzt. Die Mehrzahl der Verunglückten sind Soldaten.

Entlassene!! Reklamierte!!
Zur Arbeit Beurlaubte!!

Vergeßt nicht Eure Mitgliedschaft bei der Partei wieder anzumelden und zu erneuern!!

Die schweren politischen Kämpfe um die freiheitliche Umgestaltung von Reich und Staat, sowie um eine bessere Zukunft der deutschen Arbeiterschaft und für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens erfordert die Mitarbeit und Beitragsleistung aller Parteigenossen.

Nur starke und leistungsfähige Organisationen sind zur Vorbereitung und wirksamen Führung unserer Kämpfe in Gegenwart und Zukunft in der Lage.

Darum seid Euch des Ernstes unserer Zeit bewußt!!

Meldet Euch bei den Vertrauensleuten der Partei oder direkt auf dem Parteibureau, Johannisstraße 50, zur Beitragsleistung und Mitarbeit wieder an.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
sämtlich in Lübeck.